

N i e d e r s c h r i f t

über die 28. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch, dem 05.03.2008 um 17.00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstr. 40

Die Mitglieder des Rates der Stadt Hilden hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Bürgermeisters vom 25.02.2008 am Mittwoch, 05.03.2008 um 17.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Scheib waren anwesend:

I. die Mitglieder des Rates:

1. Ratsmitglied Dr. Ralf Bommermann/CDU
2. „ Susanne Brandenburg/CDU
3. „ Torsten Brehmer/SPD
4. „ Alexander Büttner/CDU
5. „ Walter Corbat/CDU
6. „ Reinhard Eisen/CDU
7. „ Peter Hancke/CDU
8. „ Lothar Kaltenborn/CDU
9. „ Ute-Lucia Krall/CDU
10. „ Dr. Stephan Lipski/CDU
11. „ Claudia Schlottmann/CDU
12. „ Rainer Schlottmann/CDU
13. „ Norbert Schreier/CDU
14. „ Jürgen Spelter/CDU
15. „ Angelika Urban/CDU
16. „ Heinz-Georg Wingartz/CDU
17. „ Reinhard Zenker/CDU
18. „ Birgit Alkenings/SPD
19. „ Hans-Georg Bader/SPD
20. „ Anabela Barata/SPD
21. „ Kurt Wellmann/SPD
22. „ Manfred Böhm/SPD
23. „ Christoph Bosbach/SPD
24. „ Reinhold Daniels/SPD
25. „ Marie-Liesel Donner/SPD
26. „ Klaus Dupke/SPD
27. „ Dagmar Hebestreit/SPD
28. „ Rolf Mayr/SPD
29. „ Jürgen Scholz/SPD
30. „ Hans-Werner Schneller/SPD
31. „ Hiltrud Stegmaier/SPD
32. „ Peter Dahm-Korte/BA
33. „ Ludger Reffgen/BA
34. „ Franz-Dieter Schnitzler/BA
35. „ Udo Weinrich/BA
36. „ Klaus-Dieter Bartel/Grüne

- 37. „ Ellen Reitz/Grüne
- 38. „ Susanne Vogel/Grüne
- 39. „ Rudolf Joseph/FDP
- 40. „ Friedhelm Burchartz/FDP
- 41. „ Horst Welke/FDP
- 42. „ Werner Horzella/dUH
- 43. „ Marlene Kochmann/dUH

es fehlten:

- 44. Ratsmitglied Hans-Heinrich Helikum/CDU
- 45. „ Ludger Born/SPD
- 46. „ Achim Kleuser/Fraktionslos

II. von der Verwaltung:

- 1. Bürgermeister Scheib
- 2. 1. Beigeordneter Thiele
- 3. Beigeordneter Gatzke
- 4. Stadtkämmerer Klausgrete
- 5. Stadtverwaltungsrat Wachsmann, II/01
- 6. Stadtverwaltungsrat Witek, I/14
- 7. Stadtamtsrat Becker, II/01, zugleich als Schriftführer
- 8. Stadthauptsekretärin Russo, II/01

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 01. Befangenheitserklärungen
- 02. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 03. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 04. (geändert) Umbesetzung in Ausschüssen, hier: Anträge der Fraktion Die Grünen und kath. Gemeindepfarrverband – SV 01/112

05. Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- a) Vorhaben bezogener Bebauungsplan Nr. 73A ,
5. Änderung für den Bereich Mittelstraße / Bismarckstraße / Dr.-Ellen- Wiederhold-Platz
hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Offenlagebeschluss – SV-Nr.: 61/207
- b) Widmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden
hier: Giesenheide
Zum Jägerhof
Kosenberg (von der Unterführung Nordring bis zur Straße Giesenheide)

06. Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- a) Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2008—zugleich Anlage zum Haushaltsplan
SV-Nr.: 20/129
- b) Gewährung von Zuwendungen nach § 56 GO NRW an Ratsmitglieder, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören – SV-Nr.: 01/108
- c) Mittelfreigabe vor Rechtskraft des Haushalts 2008 für verschiedene gebäudebezogene Maßnahmen – SV-Nr.: 26/055
- d) Bericht über die Prüfung zum Thema “überplanmäßige Mittelbeantragung” in der SV 68/037 vom 14.11.2007 für das Produkt 010604
Zentrale technische Dienstleistungen Bauhof – SV-Nr.: 14/045
- e) - Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007
- Beschluss des Rates über die Feststellung der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007
- Beschluss der Ratsmitglieder über die Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW – SV-Nr.: 14/042
Hinweis: Bericht wird -nach Unterzeichnung des Bilanzetats durch den Rechnungsprüfungsausschussvorsitzenden- nachgereicht
- f) Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes mit der Prüfung der Eröffnungsbilanzen des Zweckverbandes VHS Hilden-Haas und des Zweckverbandes Gesamtschule Langenfeld Hilden – SV-Nr.: 14/044
- g) Haushaltssatzung 2008 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2011
SV-Nr.: 20/134

07. Anträge

- a) Zukunftssicherung der Stadtwerke Hilden GmbH
hier: Antrag der CDU-Fraktion in der Sitzung des Rates am 13.02.08
-Öffentlichkeitsarbeit- SV-Nr.: 20/131
- b) Umgestaltung der Ringwallanlage Holterhöfchen
hier: Antrag der FDP im Stadtentwicklungsausschuss am 17.10.2007 – SV-Nr.: 66/119
- c) Aufbereitung des Stellenplans 2009
hier: Antrag der Bürgeraktion Hilden vom 28.01.2008 – SV-Nr.: 10/029
- d) Transparente Entscheidungsgrundlagen für die Privatisierung öffentlicher Aufgaben
hier: Antrag der BA-Fraktion in der Ratssitzung vom 30.01.08 – SV-Nr.: 20/132
- e) Einrichtung eines Ausschusses für das Gebäudemanagement
hier: Antrag der BA-Fraktion am 30.01.2008 – SV-Nr.: 01/111

08. Allgemeines

- a) Wiederwahl des Beigeordneten Norbert Danscheidt - SV-Nr.: 01/109
- b) Einnahmen aus Nebentätigkeiten
Anzeige nach § 18 Absatz 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz – SV-Nr.: 01/110
- c) –zurückgezogen-
- d) Wahl eines Sachverständigen des Vermessungs- und Liegenschaftswesens für den Umlegungsausschuss der Stadt Hilden – SV-Nr.: 61/209
- e) Wahl von Vertrauenspersonen für die Schöffenwahl des Amtsgerichtes Langenfeld für die Wahlzeit 2009–2013 - SV-Nr.: 10/030

II. Nichtöffentliche Sitzung

- 09. Befangenheitserklärungen
- 10. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 12. Verkauf eines Hausgrundstücks im Randbereich der Hildener Innenstadt – SV-Nr.: 26/056
- 13. Stellenplan 2008 – SV-Nr.: 10/026
- 14. Zukunftssicherung der Stadtwerke Hilden GmbH
hier: Einrichtung einer Lenkungsgruppe – SV-Nr.: 20/133

I. Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die nichtöffentliche Sitzung und stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen seien.

Zur Tagesordnung beschloss der Rat einstimmig, die Sitzungsvorlage „Umbesetzung in Ausschüssen, hier: Anträge der Fraktion Die Grünen und kath. Gemeindepfarrverband – SV 01/112“ zusätzlich als neuen TOP 4 aufzunehmen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Vor Beginn der Beratungen gratulierte Bürgermeister Scheib Herrn Klaus Dupke nochmals nachträglich zu seinem Geburtstag am 22. Februar:

Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

Einwohnerfragestunde

- a) Ingetraud Ermler, Bismarckstr., Hilden
Dieter Donner, BUND, Humboldtstr., Hilden - B-Plan 73 A (Sparkassenneubau)

Frau Ermler bezog sich auf die heute zur Beschlussfassung anstehende Offenlage des Bebauungsplanes 73 A und beklagte sich darüber, dass die Anwohner entgegen den Zusagen der Verwaltung weder von der Verwaltung noch von der Sparkasse aktuelle Informationen zu den Plänen erhalten hätten. Insbesondere fragte sie nach Änderungen in den Plänen seit der letzten Anhörung.

Herr Donner erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zusage, die heute vorhandenen Fahrradabstellanlage an anderer Stelle aber Gebäudenah wieder zu errichten. Entgegen dieser Zusage, sei die Anlage im aktuellen Vorhaben- und Erschließungsplan aber nicht enthalten.

1. Beigeordneter Thiele entgegnete, dass die Verwaltung in der Anhörung zusicherte, die Gutachten in das Internet zur allgemeinen Einsicht einzustellen. Dies werde gemacht sobald diese vorliegen. Unabhängig davon werde heute nur der Beschluss zur Offenlage ab Ende März gefasst. Im Rahmen der Offenlage hätten die Anwohner erneut die Möglichkeit der Stellungnahme. Des Weiteren sei die Fahrradabstellanlage keine Angelegenheit des VEP sondern des sich daran anschließenden Durchführungsvertrages. Unabhängig davon sei der Vorhabenträger aber verpflichtet worden, eine ausreichende Anzahl von Abstellmöglichkeiten in Gebäudenähe zu errichten.

Abschließend verwies er auf die kommende Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, in der das Planungsbüro die Planungen vorstellt.

Auf die weitere Nachfrage von Frau Ermler nach Abgasmessungen im Bereich der Berliner Straße erklärte Bürgermeister Scheib, dass diese seinerzeit aus Kapazitätsgründen bei der Bezirksregierung nicht durchgeführt werden konnten, die Verwaltung aber nochmal einen entsprechenden Antrag an die Bezirksregierung stellen werde.

01. Befangenheitserklärungen

Ratsmitglied Schneller erklärte seine Befangenheit zu der Beratung und Beschlussfassung über den TOP 7 a „Zukunftssicherung der Stadtwerke Hilden GmbH
hier: Antrag der CDU-Fraktion in der Sitzung des Rates am 13.02.08
-Öffentlichkeitsarbeit- SV-Nr.: 20/131“

02. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

a) Wellnesscenter am Elbsee

Bürgermeister Scheib nahm Bezug auf die Veröffentlichung in der Presse, dass die Stadt Düsseldorf ein Wellnesscenter am Elbsee plane und nach der Berichterstattung die Pläne mit der Stadt Hilden abgesprochen seien. Hierzu stellte er klar, dass bislang lediglich vereinbart worden sei, dass sich die Städte Düsseldorf und Hilden bezüglich der weiteren Planungen absprechen. Darüber hinaus habe es noch keine konkreten Absprachen gegeben. Im Verwaltungsvorstand sei man sich aber einig, dass die Nutzung des Gewässers durch die angesiedelten Sportvereine hierdurch nicht beeinträchtigt werden dürfe.

03. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

a) Rm. Claudia Schlottmann/CDU – Kosten Kleinspielanlagen

Rm. Claudia Schlottmann/CDU verwies darauf, dass die Kosten für den Unterbau der Fußball-Kleinspielanlagen in Hilden teurer seien als in Mettmann.

1. Beigeordneter Thiele entgegnete, dass die Kostenschätzung auf Erfahrungen der Stadt Langenfeld beruhen. Selbstverständlich sei die Stadt Hilden bemüht, die Kosten so gering wie möglich zu halten.

b) Rm. Claudia Schlottmann/CDU – Kosten Kleinspielanlagen

Rm. Claudia Schlottmann reichte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag ein:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, im Rahmen der im Frühsommer stattfindenden Fußballeuropameisterschaft ein sogenanntes „Public Viewing“ durchzuführen.

Wir denken hier an eine für die Stadt kostenneutrale Zusammenarbeit mit Sponsoren und der Stadtmarketing GmbH.

Da die Zeit schon weit fortgeschritten ist, sollen die Möglichkeiten bereits im nächsten H+F am 09. April 2008 vorgestellt und dort auch bereits entschieden werden.

c) Rm. Franz-Dieter Schnitzler/BA – Bürgerinformation bei Straßenbenennungen/-umbenennungen verbessern!

Rm. Franz-Dieter Schnitzler reichte für die BA folgenden Antrag ein:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die jeweiligen Straßenanlieger/innen durch Hauswurfsendungen frühzeitig über beabsichtigte Straßenbenennungen und/oder -umbenennungen zu informieren und so in die Planung einzubeziehen.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Umbenennung der Straße „Lodenheide“ von der Auffahrt zur Brücke über den Nordring bis zum Wirtschaftsweg (Landwirtschaftshof Heups) war der Rat nicht dem Vorschlag der Stadtverwaltung, sondern einer Anregung von Anliegern gefolgt, die unter anderem eine Vertagung der Entscheidung und eine erneute Beratung der SV 61/181 m Stadtentwicklungsausschuss durchgesetzt hatten.

Es hat sich gezeigt, dass die Information der durch eine Straßenbenennung/-umbenennung betroffenen Anliegerinnen und Anlieger zu wünschen übrig lässt. Die derzeitige Praxis ist letztlich bevormundend. Es geht darum, einen anderen Stil im Umgang zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinnen und Bürgern einzuführen, der diese ernst nimmt und auf Transparenz und Miteinander setzt.

Damit die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme nachvollziehen und auch ihrerseits Vorschläge und Anregungen einbringen können, ist eine frühzeitigere Unterrichtung nötig.

Deshalb sollten die Betroffenen künftig durch eine Hauswurfsendung über diesbezügliche Absichten der Stadt informiert werden.

- d) Rm. Udo Weinrich/BA – „Beteiligung der Stadt am Förderprogramm ‚Energetische Gebäudesanierung‘ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) prüfen!“

Rm. Udo Weinrich reichte für die BA folgenden Antrag ein:

1. *Der Bürgermeister wird gebeten, eine Beteiligung der Stadt Hilden am ausgeweiteten Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) „KfW-Kommunalkredit - Energetische Gebäudesanierung (Programmnummer 156) – für Schulen, Schulsport hallen, Kitas und Gebäude der Kinder- und Jugendarbeit“ zur CO²-Gebäudesanierung im Jahr 2008ff. zu prüfen, um städtische Schulen, Turnhallen und Kindergärten mit Hilfe von Zuschüssen energetisch zu sanieren.*
2. *Insbesondere soll geprüft werden, inwieweit es sinnvoll und möglich ist, mit diesem Förderprogramm Kindertagesstätten, Schulen oder Turnhallen auf den energetischen Stand von Neubauten nach der Energieeinsparverordnung zu bringen.*
3. *Zur Propagierung und Förderung der energetischen Gebäudesanierung wird in Zusammenarbeit mit der VHS eine Veranstaltungsreihe durchgeführt.*

Begründung:

Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) bietet in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auch Kommunen und gemeinnützigen Organisationsformen besonders zinsgünstige Kredite für Energiespar-Investitionen an.

Finanziert werden energetische Maßnahmen an folgenden Einrichtungen in den Gemeinden, die bis zum 01.01.1990 fertig gestellt worden sind:

- Schulen,
- Schulsport hallen,
- Kindertagesstätten sowie
- Gebäude der Kinder- und Jugendarbeit, die ganzjährig und mit normalen Innentemperaturen genutzt werden .

Es werden bis zu 70 % der Investitionskosten einschließlich Nebenkosten (Architekt, Energieeinsparberatung, etc.) finanziert.

Neben dem wohnwirtschaftlichen Bereich besteht auch in der gemeinnützig und kommunal genutzten Gebäudesubstanz ein erhebliches Potenzial zur CO²-Minderung. Investitionen in die energetische Gebäudesanierung erreichen vier Ziele: Sie verbessern die Lebensqualität, sie tragen zur CO²-Minderung bei, sie vermindern dauerhaft die Energieverbräuche und sie sind ein Konjunkturprogramm für das örtliche Baugewerbe.

Kommunen, kommunale Zweckverbände und gemeinnützige Organisationen erhalten diese Förderkredite für die energetische Sanierung von Schulen, Turnhallen und Kindertagesstätten. Auch Gebäude im Eigentum gemeinnütziger Vereine, die ganzjährig genutzt werden, können mit dem Förderangebot energetisch saniert werden.

Das Ziel der Veranstaltungsreihe zur Gebäudesanierung ist es, die energetische Verbesserung der Altbausubstanz in Hilden zu fördern. Zu einer Veranstaltungsreihe „Gebäudesanierung“ sollten neben der Stadt Haus&Grund, Handwerker, Architekten, Ingenieure, Gebäudeenergieberater und Personen aus dem Bereich Kreditinstitute und der Stadtwerke GmbH eingeladen werden.

Die Veranstaltungsreihe soll helfen, interessierten Gebäudeeigentümern wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Teil- und Gesamtkonzepte für die Sanierung ihrer Gebäude zur Verfügung zu stellen, die erheblichen Effekte beim Klimaschutz, die Energieeinsparungsmöglichkeiten sowie die Arbeitsplatzeffekte für die lokale Wirtschaft bei der energetischen Gebäudesanierung deutlich zu machen und zugleich die Kommunikation zwischen den an der Gebäudesanierung beteiligten Akteuren zu verbessern.

- e) Rm. Udo Weinrich/BA – „Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes auf die Kindertageseinrichtungen in Hilden“

Rm. Udo Weinrich reichte für die BA folgende Anfrage ein:

Auch Hilden sieht sich hinsichtlich der praktischen Umsetzung des Anfang November 2007 beschlossenen neuen Kinderbildungsgesetzes einem Berg an Änderungen gegenübergestellt. Bis zum 15. März muss die Stadt dem Land mitteilen, wie das Kibiz vor Ort umgesetzt werden soll. Obwohl das neue Kindergartengesetz Kibiz noch gar nicht in Kraft ist, muss die Landesregierung bereits nachbessern, weil sie sich verrechnet hat. Sie hatte die Anmeldungen der Eltern für U3-Betreuungsplätze zu knapp kalkuliert. Aus dem Gesetz und seinen Anlagen (siehe Anlage zu § 19, Abs.1) ist auch eindeutig nachvollziehbar, dass der bisher bekannte Standard der kleinen altersgemischten Gruppe nicht zu halten sein wird. Wird eine solche Gruppe unter KiBiz-Bedingungen gebildet, fallen die Arbeitsstunden der Ergänzungskraft größtenteils weg. Dies geht besonders zu Lasten der Aller kleinsten, denn hier gehen die in schwierigen und langen Eingewöhnungsphasen entstandenen Bindungen zu Bruch. Evtl. werden neue Gruppentypen gemäß KiBiz gebildet, was zu einer völligen Umstellung der Gruppenzusammenstellungen führen könnte. Nicht zuletzt ist auch der Arbeitsplatzverlust für viele Ergänzungskräfte zu befürchten, die in den neuen Gruppentypen weniger berücksichtigt sind als in den bisherigen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Stadtverwaltung:

- 1. Welche Auswirkungen hat das neue Kinderbildungsgesetz auf die Kindertageseinrichtungen in Hilden, und zwar im Hinblick auf:*
 - Finanzierung der Einrichtung (Elterninitiativen, kirchliche Träger, andere Wohlfahrtsverbände, Stadt);*
 - personelle Ausstattung;*
 - Gruppenstrukturen;*
 - Vorhalten von Plätzen im Rahmen des Rechtsanspruches;*
 - den Versorgungsgrad bei der U-3-Betreuung?*
- 2. Hat Stadt für die Betreuung der unter 3-Jährigen beim Land NRW zusätzlich Finanzmittel beantragt, um zukünftig die geplante 20%ige Ausbauquote für diese Altersgruppe auch zu gewährleisten?*
- 3. Hält die Stadt es für denkbar und für vertretbar, dass Eltern von Kindern unter 3 Jahren unter Hinweis auf die angeblich zunächst vorrangige Versorgung der über Dreijährigen mit einem Betreuungsplatz derzeit noch im Ungewissen über das Schicksal ihres Antrags gelassen werden?*
- 4. Ist die Stadtverwaltung im Besitz von Daten zur Bedarfslage von Betreuungsplätzen für Kinder mit Behinderungen unter drei Jahren und im Vorschulalter?*
- 5. Sieht die Stadtverwaltung die Notwendigkeit und die Möglichkeit, ein Finanzierungskonzept zu entwickeln, das die Fortführung kleiner altersgemischter Gruppen ermöglicht? Wenn ja, wann könnte dem Rat dieses Konzept zur Beschlussfassung vorgelegt werden?*
- 6. Wird die Stadtverwaltung sich über den Städtetag für bessere Standards in der Kinderbetreuung einsetzen, als das Kinderbildungsgesetz sie bietet?*

04. (geändert) Umbesetzung in Ausschüssen, hier: Anträge der Fraktion Die Grünen und kath. Ge-
meindepfarrverband – SV 01/112

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden (ergänzten) Beschluss:

„Der Rat der Stadt wählt und beruft:

in die GkA-Kommission:

als beratendes Mitglied

Frau Ellen Reitz

(*anstelle von Salvatore di Gangi*)

in den Jugendhilfeausschuss

als 2. stellv. beratendes Mitglied nach § 58 I Satz 7 GO

Frau Marianne Münnich

als Vertreter der katholischen Kirche, der von der katholischen
Kirchengemeinde Hilden bestellt wurde
rich Hennes, Pfarrer

Msgr. Ul-

in den Aufsichtsrat Gemeinn. Seniorendieste Hilden mbH

Als beratendes Mitglied

Herrn Friedhelm Burchartz

Als stellv. beratendes Mitglied

Herrn Horst Welke“

05. Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- a) Vorhaben bezogener Bebauungsplan Nr. 73A ,
5. Änderung für den Bereich Mittelstraße / Bismarckstraße / Dr.-Ellen- Wiederhold-Platz
hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie
der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Offenlagebeschluss – SV-Nr.: 61/207
-

Rm. Horzella/dUH begründete die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch seine Fraktion mit der nicht realisierten Wohnbebauung und der nach Auffassung seiner Fraktion suboptimalen Erschließung über die Bismarckstraße.

Auch die BA-Fraktion lehne den Beschlussvorschlag ab, erklärte Rm. Reffgen und führte zur Begründung u.a die verkehrliche Erschließung, die Anzahl der vorgesehenen Parkplätze, die Zunahme der überbauten Fläche und die zu knappen Abstandsflächen zur Itter an. Insbesondere befürchte man auch erhebliche nachhaltige negative Auswirkungen auf Teilbereiche der Innenstadt, wenn die Fa. Peek&Cloppenburg den Warringtonplatz verlässt.

Rm. Vogel/Grüne verwies darauf, dass einige Fragen ihrer Fraktion, insbesondere zur Energieeffizienz, zur Umgestaltung des Ellen-Wiederhold-Platzes und zur Fahrradabstellanlage nicht beantwortet seien und sich ihre Fraktion daher der Stimme enthalte.

Nach kurzer Aussprache fasste der Rat mit 35 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, SPD und FDP), 6 Nein-Stimmen (Fraktionen BA und dUH) und 3 Enthaltungen (Fraktion die Grünen) folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. die Anregungen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 20.12.2007 und 03.01.2008

Der Anregung des Kreisgesundheitsamtes, Angaben zur Schallsituation der evtl. geplanten Wohnbebauung im Plangebiet im Bebauungsplan zu ergänzen, wird nicht gefolgt. Das vorliegende Bauleitplanverfahren ist i.S.v. § 12 Abs. 1 BauGB vorhabenbezogen. Das innerhalb des Geltungsbereiches geplante Vorhaben beinhaltet die Schaffung von Verkaufsflächen für großflächigen und zentrenrelevanten Einzelhandel sowie Flächen für die Sparkassennutzung. Die Anregungen des Kreisgesundheitsamtes werden dahingehend berücksichtigt, dass die sonstige Wohnnutzung i.S.v. § 7 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO im Vorhabensbereich des VEP Nr. 9 ausgeschlossen wird.

Die Hinweise des Umweltamtes werden zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Hinweis auf einen Mindestabstand von oberirdischen baulichen Anlagen von 5 m zur Böschungsoberkante des Itterbaches wird durch den vorliegenden Bebauungsplanentwurf eingehalten. Die überbaubare Grundstücksfläche (Baugrenze), die in einem Abstand von rund 3 m zur Böschungsoberkante des Itterbaches geplant ist, betrifft die unterirdisch geplanten Geschosse z.B. für Tiefgarage, Haustechnik. Die zugehörigen Geschosse für die Baugrenzen können der Planzeichnung entnommen werden. Die diesbzgl. Hinweise werden somit berücksichtigt.

Der Hinweis auf den Altstandort Nr. 28993 wird zur Kenntnis genommen und dahingehend berücksichtigt, dass die gemäß Anlage aufgezeigte Fläche im Bebauungsplanentwurf entsprechend § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB mit dem Planzeichen Nr. 15.12, Anlage zur Planzeichenverordnung 1990, gekennzeichnet wird.

1.2 Schreiben des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes - BRW vom 04.12.2007

Die Anregungen des BRW werden insoweit berücksichtigt, als die Bachparzelle mit den Flurstücksnummern 809 und 808 der Flur 50, Gemarkung Hilden, im vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurf zukünftig als Flächen für die Wasserwirtschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB festgesetzt werden.

1.3 Schreiben des Bund für Umwelt- und Naturschutz LV NW vom 21.12.2007

Den Anregungen des BUND wird insoweit gefolgt, dass die Entwurfsbegründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan in den angesprochenen Punkten verständlicher formuliert wird. Die klimaschützenden Maßnahmen, die in dem mit dem Vorhabenträger zu schließenden Durchführungsvertrag geregelt werden sollen, werden geprüft und in den Durchführungsvertrag vor Satzungsbeschluss eingearbeitet. Die Planung führt, wie in der Stellungnahme richtig angemerkt wird, zu einer zusätzlichen Schaffung von Bauvolumen und Nutzflächen, die in einer innerstädtischen sehr zentralen Lage geschaffen werden. Die Flächen können so durch Nachverdichtung im Bestand und Innenentwicklung zu einer am Nachhaltigkeitsparadigma orientierten Siedlungsentwicklung beitragen. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang auch auf die bestehenden planungsrechtlichen Voraussetzungen im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 73A (in der Fassung der 1. Änderung) hingewiesen, der für den Bereich des Plangebietes bereits umfassende Bebauungsmöglichkeiten innerhalb eines Kerngebietes vorsah.

Für den vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurden Untersuchungen in Bezug auf die Verträglichkeit der gewerblichen Lärmimmissionen mit dem Umfeld durchgeführt. Die

schalltechnische Untersuchung des Gutachterbüros TAC vom 20.08.2007 kommt zu dem Ergebnis, dass das geplante Vorhaben mit den lärmschützenden Belangen des Umfeldes und der vorhandenen schützenswerten Wohnbebauung an der Bismarckstraße verträglich ist.

Die Möglichkeiten alternativer Energieversorgung werden geprüft und im Durchführungsvertrag geregelt. Die geplante Tiefgarage ist für die gebietseigene Stellplatzversorgung nach Landesbauordnung notwendig. Gleichzeitig sollen zusätzliche öffentliche Parkmöglichkeiten unter dem geplanten Neubau geschaffen werden, um ein zusätzliches Parkraumangebot im Stadtzentrum zu schaffen und damit zur Stärkung der Hildener Innenstadt in seiner Versorgungsfunktion als Mittelzentrum zu erreichen, so dass den diesbzgl. Anregungen nicht gefolgt werden kann.

Der Hinweis auf die Iltter als Nahrungshabitat für den Eisvogel wird zur Kenntnis genommen und in den Umweltbericht zum Bebauungsplan eingefügt.

1.4 Schreiben des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 20.12.2007

Die Stadt Hilden nimmt die Hinweise des Museums- und Heimatvereins zur Kenntnis. Die Auffassung einer Verminderung der Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone durch das geplante Vorhaben wird nicht geteilt. Zwar rückt das geplante Gebäude stärker in den Straßenraum der Bismarckstraße bzw. Mittelstraße, jedoch lässt sich hieraus keine verminderte Aufenthaltsqualität ableiten. Vielmehr ist durch die vorliegende Planung eine stärkere konsequentere Einfassung der genannten Straßenräume geplant, die durch den derzeitigen Solitärbaukörper nicht gegeben ist. Gleichzeitig wird durch die vorliegende Planung durch eine Vergrößerung, bessere Einsehbarkeit und klarere Raumeinfassung des Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz in seiner Aufenthaltsqualität im Stadtraum wesentlich gestärkt.

Das angesprochene Gebäude Mittelstraße 42 ist kein eingetragenes Baudenkmal. Der Blick auf die Giebelfassade dieses Gebäudes wird auch weiterhin möglich sein. In Bezug auf die Fassadengestaltung ist anzumerken, dass hierzu Näheres im Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan geregelt wird.

Die Erschließung des geplanten Vorhabens über die Bismarckstraße ist sowohl verkehrlich als auch in Bezug auf die Belange des Immissionsschutzes verträglich. Dieses ist den zum Bebauungsplan erarbeiteten Fachgutachten zu entnehmen.

Im Zuge der verkehrlichen Untersuchung wurden verschiedenste Varianten für die Anbindung einer Tiefgarage unter dem geplanten Neubau geprüft. Hierbei wurden insbesondere die Verbindungsmöglichkeiten zu der vorhandenen Tiefgarage unterhalb des Rathauses geprüft. Weiterhin wurde auch eine Variante untersucht, die ein zusätzliches Parkhaus im Bereich der Straße Am Rathaus begutachtet. Die verkehrliche Untersuchung (incl. der 2 Ergänzungen) kommt zu dem Ergebnis, dass die Variante, die eine Trennung der Tiefgaragen und eine Zufahrt über die Bismarckstraße vorsieht, bevorzugt werden sollte. Der vorliegende Bebauungsplanentwurf trägt dieser gutachterlichen Empfehlung entsprechend Rechnung.

Der vorliegende Bebauungsplan ist mit den Belangen des Denkmalschutzes als verträglich anzusehen. Die 5. vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplans 73A übernimmt das im Gebiet befindliche Baudenkmal nachrichtlich.

1.5 Schreiben der Stadtwerke Hilden GmbH vom 10.12.2007

Die Hinweise der Stadtwerke Hilden werden zur Kenntnis genommen und sind bei der Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu berücksichtigen..

1.6 Schreiben der Rheinbahn AG vom 11.12.2007

Die Stadt Hilden nimmt die Hinweise der Rheinbahn AG zur Kenntnis und wird die Entwurfsbegründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan um die Hinweise zu den Anschlussmöglichkeiten des Nahverkehrs ergänzen.

1.7 Schreiben Behindertenbeirates vom 27.12.2007

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei der Umsetzung der Planung wird davon ausgegangen, dass die einschlägigen Gesetze und technischen Richtlinien eingehalten werden.

2. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 73 A 5. Änderung (VEP Nr. 9) gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)

Das Plangebiet befindet sich in zentraler Lage der Hildener Innenstadt und umfasst das Gelände einer ortsansässigen Bank (Sparkasse). Das Plangebiet des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird im Norden begrenzt durch das Nordufer des Itter Baches, im Osten durch das Rathaus, im Süden und im Westen durch die Fußgängerzone der Innenstadt (Mittelstraße/Bismarckstraße). Die Gebietsgröße des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans beträgt rd. 1,0 ha. Die Fläche des Vorhaben- und Erschließungsplans umfasst rd. 0,8 ha.

Ziel der Planung ist eine für den zentralen Standort angemessene bauliche Nutzung mit einem Büro- und Geschäftshaus herbeizuführen, das sich in Bezug auf die Höhenentwicklung und Gebäudekubatur in den Nutzungszusammenhang der Hildener Innenstadt einfügt und zu einer Aufwertung des umliegenden Stadtraums beiträgt. Gleichzeitig soll die geplante Einzelhandelsnutzung mit den anderen vorhandenen Standorten im Stadtgebiet und den zentralen Versorgungsbereichen der umliegenden Gemeinden konfliktfrei sein. Die mit der Planung in Zusammenhang stehenden Verkehre und Immissionen sollen für das Umfeld verträglich gestaltet werden.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung inklusive Umweltbericht mit Stand vom 16.01.2008 zugrunde.“

- b) Widmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden
 hier: Giesenheide
 Zum Jägerhof
 Kosenberg (von der Unterführung Nordring bis zur Straße Giesenheide)
 SV-Nr.: 61/184
-

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss wie folgt:

Folgende Straßen in der Stadt Hilden werden gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der z. Z. gültigen Fassung jeweils

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange des Verkehrs überwiegen** (§ 3 Abs. 4 Ziffer 1 StrWG NW) **dem öffentlichen Verkehr** gewidmet:

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
1	Giesenheide	von der Hochdahler Straße bis zum Kreisel	25;	173, Teilfläche aus 194, 195, 196, Teilfläche aus 197;

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen** (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW) **dem öffentlichen Verkehr** gewidmet:

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
2	Giesenheide	vom Kreisel bis zum Fuß- und Radweg Kosenberg	25;	Teilfläche aus 194, Teilfläche aus 197;
3	Zum Jägerhof	ganz	25;	122, 161, 192;

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen** (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW) **dem Fußgänger- und Fahrradverkehr** gewidmet:

Lfd. Nr.	Weg	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
4	Weg	Kosenberg von der Unterführung Nordring bis zur Straße Giesenheide	36;	209, 210, 221;

06. Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- a) Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2008—zugleich Anlage zum Haushaltsplan SV-Nr.: 20/129

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„1. Der Rat der Stadt nimmt nach Vorberatung durch den Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von dem als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht. Der Rat beschließt über den Bericht als Anlage zum Haushaltsplan 2008, im Sinne von § 108 Abs. 2 GO NW in Verbindung mit § 1 Abs. 2 GemHVO n.F.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntgabe des Beteiligungsberichtes zu veranlassen (s. § 117 Abs. 2 GONW n.F.). Die Aufsichtsbehörde ist vorab hierüber in Kenntnis zu setzen im Sinne von § 80 Abs. 5 GO NW n.F. Als Anlage zur Haushaltssatzung ist der Beteiligungsbericht nach § 80 Abs. 6 GO NW n.F., bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2008, zur Einsichtnahme bereit zu halten.“

- b) Gewährung von Zuwendungen nach § 56 GO NRW an Ratsmitglieder, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören – SV-Nr.: 01/108

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließt der Rat, fraktionslosen Ratsmitgliedern eine finanzielle Zuwendung im Sinne von § 56 Abs. 3 Satz 6 zu gewähren.“

- c) Mittelfreigabe vor Rechtskraft des Haushalts 2008 für verschiedene gebäudebezogene Maßnahmen – SV-Nr.: 26/055

Rm. Urban/CDU erklärte, ihre Fraktion erwarte im Herbst einen Bericht im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss zur Umsetzung der Maßnahmen.

Auf Antrag der BA-Fraktion ließ Bürgermeister Scheib über die in den Erläuterungen zuletzt genannten 3 Maßnahmen separat abstimmen:

Abstimmung ohne folgende Maßnahmen:

- Modernisierung HGH SV 26/049
- Bau einer Mensa SV 26/048
- Erneuerung Sporthallenboden

41 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

(FDP-Fraktion)

Abstimmung über die letzten 3 Maßnahmen

37 Ja-Stimmen, 4, Nein-Stimmen

(BA-Fraktion)

3 Enthaltungen (FDP-Fraktion)

Damit fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Freigabe von Mitteln aus dem Haushalt 2008 vor seiner Rechtskraft, um den reibungslosen Ablauf der nachfolgend in den Erläuterungen aufgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.“

- d) Bericht über die Prüfung zum Thema "überplanmäßige Mittelbeantragung" in der SV 68/037 vom 14.11.2007 für das Produkt 010604
Zentrale technische Dienstleistungen Bauhof – SV-Nr.: 14/045

Ohne Aussprache nahm der Rat den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 14.01.2008 über die Prüfung zum Thema "Überplanmäßige Mittelbeantragung in der SV 68/037 vom 14.11.2007 für das Produkt 010604 - Zentrale technische Dienstleistungen Bauhof" nach Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis.

- e) - Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007
- Beschluss des Rates über die Feststellung der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007
- Beschluss der Ratsmitglieder über die Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW – SV-Nr.: 14/042

An der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nahm der Vorsitzende Bürgermeister Scheib nicht teil. Den Vorsitz übernahm stellv. Bürgermeister Norbert Schreier.

Rm. Weinrich/BA als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses lobte das Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit und dankte allen Mitarbeitern des Amtes und der übrigen Verwaltung ausdrücklich.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„1. Der Rat nimmt den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Eröffnungsbilanz und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.02.2008 zur Kenntnis.

Gemäß den §§ 92 Abs.1 und 96 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 in der Fassung vom 24.01.2008, die den Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes zugrunde lag, hiermit festgestellt.

2. Dem Bürgermeister wird gemäß der §§ 92 Abs. 1 und 96 GO NRW Entlastung erteilt.“

- f) Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes mit der Prüfung der Eröffnungsbilanzen des Zweckverbandes VHS Hilden-Haan und des Zweckverbandes Gesamtschule Langenfeld Hilden – SV-Nr.: 14/044

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat beauftragt nach Vorberatung und Beschluss im Rechnungsprüfungsausschuss das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Hilden mit der Prüfung der Eröffnungsbilanzen des Zweckverbandes VHS Hilden-Haan sowie des Zweckverbandes Gesamtschule Langenfeld-Hilden.“

- g) Haushaltssatzung 2008 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2011 SV-Nr.: 20/134

Auf Vorschlag des Bürgermeisters erfolgte der Vortrag der Haushaltsreden wie in den vergangenen Jahren in alphabetischer Reihenfolge der Fraktionen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hielt Rm. Bartel die als **Anlage 1** beigefügte Rede.

Für die Fraktion Bürgeraktion Hilden hielt Rm. Weinrich die als **Anlage 2** beigefügte Rede.

Für die CDU-Fraktion hielt Rm. Urban die als **Anlage 3** beigefügte Rede.

Für die Fraktion die Unabhängigen Hilden hielt Rm. Horzella die als **Anlage 4** beigefügte Rede.

Für die FDP-Fraktion hielt Rm. Joseph die als **Anlage 5** beigefügte Rede

und für die

SPD-Fraktion hielt Rm. Alkenings die als **Anlage 6** beigefügte Rede.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat mit 32 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU und SPD) gegen 12 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt die der SV als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 und nimmt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2011 zur Kenntnis.“

07. Anträge

- a) Zukunftssicherung der Stadtwerke Hilden GmbH hier: Antrag der CDU-Fraktion in der Sitzung des Rates am 13.02.08 -Öffentlichkeitsarbeit- SV-Nr.: 20/131

An der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nahm Rm. Schneller/SPD nicht teil

Rm. Rainer Schlottmann/CDU fügte ergänzend zu dem Antrag seiner Fraktion hinzu, dass über die bereits erfolgten Initiativen der Verwaltung hinaus weiter intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden solle, um mehr Bürger für die Thematik zu interessieren. Insbesondere regte er eine Internetverbindung mit dem Auftritt der Stadtwerke GmbH an, die eine gesonderte Seite zu diesem Thema einrichten wollen.

Die von Rm Weinrich/BA bei der Beratung beantragte Ergänzung des Antragstextes um den Satz

"Bei der Informationsvermittlung ist darauf zu achten, dass die Vielfalt der Meinungen im Rat und in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke zu diesem Thema wiedergegeben wird."

wurde mit 7 Ja-Stimmen (Fraktionen BA und Grüne) gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Anschließend fasste der Rat mit 32 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, SPD, FDP und dUH) gegen 7 Nein-Stimmen (Fraktionen BA und Grüne) folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine offensive Aufklärung der Bürger zum Thema „Zukunftssicherung der Stadtwerke durch Veräußerung eines 49,9%igen Anteils an der Stadtwerke Hilden GmbH“ zu entwickeln. Hier ist z.B. an Info-Stände, aber auch an sonstige Informationsvermittlungen, wie z.B. per Internet gedacht.“

b) Umgestaltung der Ringwallanlage Holterhöfchen

hier: Antrag der FDP im Stadtentwicklungsausschuss am 17.10.2007 – SV-Nr.: 66/119

Rm. Burchartz/FDP wies darauf hin, dass dieser Antrag seiner Fraktion nichts mit dem früheren Antrag seiner Fraktion zur Umgestaltung der Ringwallanlage zu tun habe, sondern separat davon zu betrachten sei.

Nach kurzer Aussprache lehnte der Rat mit den Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Antrag der FDP-Fraktion ab:

„Nach der Ankündigung der Schulleitung der Berufsbildenden Schule des Kreises Mettmann, ab dem nächsten Jahr ein Rauchverbot für das gesamte Schulgelände umzusetzen, wird der Bürgermeister gebeten, zu überprüfen, ob es sinnvoll ist, alternativ auf dem Gelände eine Raucherzone einzurichten.“

c) Aufbereitung des Stellenplans 2009

hier: Antrag der Bürgeraktion Hilden vom 28.01.2008 – SV-Nr.: 10/029

Ohne Aussprache lehnte der Rat folgenden Antrag der BA Fraktion bei 9 Ja-Stimmen (Fraktionen BA, FDP und dUH) gegen 35 Nein-Stimmen (Fraktionen CDU, SPD und Grüne) ab:

„Der Bürgermeister wird beauftragt den Stellenplan 2009 in der bis zum Jahr 2006 üblichen Form aufzubereiten und zu gestalten.“

- d) Transparente Entscheidungsgrundlagen für die Privatisierung öffentlicher Aufgaben hier: Antrag der BA-Fraktion in der Ratssitzung vom 30.01.08 – SV-Nr.: 20/132

Rm. Weinrich/BA beantragte eine Ergänzung der Ziffer 2 des Antragstextes wie folgt:

"Bei konkret anstehenden Überlegungen zu Privatisierungen wird der Bürgermeister beauftragt, (...)" - und danach weiter wie im Text "zur Vorbereitung einer Entscheidung des Rates...".

Rm. Bartel/Grüne erklärte, seine Fraktion werde an der Abstimmung nicht teilnehmen, da sie generell gegen weitere Privatisierungen seien und von daher weitere Vorlagen in dieser Richtung nicht bräuchten.

Sodann ließ Bürgermeister Scheib über den (ergänzten) Antragstext und den Beschlussvorschlag der Verwaltung alternativ abstimmen:

Für den (ergänzten) Antragstext	25 Stimmen (Fraktionen CDU, BA, FDP und dUH)
Für den Verwaltungsvorschlag	16 Stimmen (SPD-Fraktion)

Damit fasste der Rat folgenden (ergänzten) Beschluss:

1. Der Rat erklärt seine Bereitschaft, die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben neuen Organisations- bzw. Rechtsformen zu übertragen, wenn damit entweder Haushaltsverbesserungen erzielt oder aber – bei gleichem finanziellen Aufwand wie bisher – bessere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden können.
2. *Bei konkret anstehenden Überlegungen zu Privatisierungen wird der Bürgermeister beauftragt* zur Vorbereitung einer Entscheidung des Rates über die Ausgliederung öffentlicher Aufgaben die strategischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, Konsequenzen und möglichen Alternativen zur Ausgliederung dieser Aufgaben zu prüfen und darzustellen. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - Beschreibung und Abgrenzung der angestrebten Umwandlung;
 - Leistungsspektrum/Leistungsprogramm und Bestimmung der erforderlichen personellen und sächlichen Mittel;
 - Darstellung möglicher Rechtsformen;
 - Aufbau der geplanten Einrichtung und Beschreibung der wesentlichen Zuständigkeiten der Organe;
 - finanzielle Folgen dieser Umwandlung für die Stadt und für die neu zu bildende Einheit (Kapitalausstattung, Effekte auf Haushalt, alternative Finanzierungsformen, mittelfristige Erfolgs- und Investitionsvorschau, Auswirkungen auf Entgelte für die Bürgerinnen und Bürger, Gründungs- und Prüfungskosten);
 - Prüfung der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit anderen Städten;
 - Prüfung einer Beteiligung externer Dritter;
 - steuerliche Auswirkungen unter besonderer Berücksichtigung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten.
3. Der Bürgermeister wird gebeten, dem Rat mitzuteilen, welche dieser Aufgaben die Stadtverwaltung kraft eigener Fachkompetenz lösen kann und wo sie externe Unterstützung benötigt. Die Kosten für die Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen sind sorgfältig zu schätzen.
4. Der Rat erwartet von der Stadtverwaltung Aussagen darüber, in welchen Ämtern des Rathauses – als Folge der Ausgliederung städtischer Dienstleistungen bzw. öffentlicher Aufgaben – geringere Personal-, Sach- und Geschäftsausgaben (z. B. Kämmerei, Personalverwaltung, Abwasserentsorgung) erwartet werden.

- e) Einrichtung eines Ausschusses für das Gebäudemanagement

hier: Antrag der BA-Fraktion am 30.01.2008 – SV-Nr.: 01/111

Ohne Aussprache fasste der Rat mit 35 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, SPD und Grüne) gegen 9 Stimmen der Fraktionen BA, FDP und dUH folgenden Beschluss:

„Der Rat lehnt die Einrichtung eines Ausschusses für Gebäudemanagement ab.“

08. Allgemeines

a) Wiederwahl des Beigeordneten Norbert Danscheidt - SV-Nr.: 01/109

Zur Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt verließ Beig. Danscheidt den Sitzungsraum.

Für die FDP-Fraktion beantragte Rm. Joseph eine Vertagung der Vorlage auf die nächste Sitzung des Rates im April, da vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen seine Fraktion zeitlich nicht in der Lage war, sich eine abschließende Meinung zu bilden.

Nach kurzer Aussprache lehnte der Rat den Vertagungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD, Enthaltung der Fraktion Bündnis90 /Die Grünen und gegen die Stimmen der Fraktionen BA, FDP und dUH ab.

Sodann fasste der Rat mit 37 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen (Fraktionen BA und FDP) folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden wählt Herrn Norbert Danscheidt für eine erneute Wahlzeit zum Beigeordneten der Stadt Hilden.“

b) Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Anzeige nach § 18 Absatz 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz – SV-Nr.: 01/110

Ohne Aussprache nahm der Rat Kenntnis von der Aufstellung der gemäß den §§ 69 und 71 Landesbeamtengesetz der Anzeigepflicht unterliegenden Nebentätigkeiten des Bürgermeisters für das Jahr 2007 sowie darüber hinausgehend von der Aufstellung der Nebentätigkeiten, die nicht der Anzeigepflicht unterliegen.

c) –zurückgezogen–

d) Wahl eines Sachverständigen des Vermessungs- und Liegenschaftswesens für den Umlegungsausschuss der Stadt Hilden – SV-Nr.: 61/209

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Hilden wählt gemäß den §§ 3 bis 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs vom 07.07.1987 in der zur Zeit gültigen Fassung

Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Schwandke

zum sachverständigen Mitglied des Umlegungsausschusses der Stadt Hilden.

- e) Wahl von Vertrauenspersonen für die Schöffenwahl des Amtsgerichtes Langenfeld für die
Wahlzeit 2009–2013 - SV-Nr.: 10/030
-

Nach Benennung durch die Fraktionen fasste der Rat ohne Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

„Die folgenden fünf Personen werden als Vertrauensperson für die Schöffenauswahl des Amtsgerichtes Langenfeld für die Schöffenwahlzeit 2009 – 2013 gewählt:

Herr Hans-Georg Bader
Frau Martina Reuter
Herr Dr. Ralf Bommermann
Frau Brigitte Woltersdorff
Herr Werner Horzella“

II. Nichtöffentliche Sitzung
(...)

Ende der Sitzung: 20.10 Uhr

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Bürgermeister

Stadtamtsrat

Gesehen:

Stadtverwaltungsrat

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Haushaltsrede 2008

Gehalten von Klaus-Dieter Bartel

05.03.2008

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Rat und Verwaltung stehen einer zunehmend selbstbewussten Bürgerschaft gegenüber. Das zeigt sich u.a. im Engagement für den Erhalt des Alten Marktes, gegen die Inbetriebnahme der CO-Pipeline und beim Protest gegen diverse Straßenumbaupläne.

Bürgerinnen und Bürger begreifen sich als durchaus kompetent, wenn es um ihr Wohnumfeld, ihre Stadt geht, und fordern entsprechende Mitwirkungsrechte. Wir werden also in Zukunft die Verantwortung für die Entwicklung Hildens stärker mit den betroffenen Menschen teilen müssen - und das ist gut so!

Die Tendenz hin zu mehr direkter Demokratie spiegelt sich auch in der Fortschreibung der Gemeindeordnung wider. So ist über die Jahre ein breites, wenn auch ausbaufähiges Instrumentarium der Bürgerbeteiligung entstanden: Einwohnerantrag, Bürgerbegehren/Bürgerentscheid; Einwohnerversammlungen und neuerdings der Ratsbürgerentscheid. Letzter ermöglicht es, die Bevölkerung über grundlegende, folgenschwere Weichenstellungen abstimmen zu lassen. Er entbindet die Parteien nicht davon, an der Meinungsbildung mitzuwirken, Orientierung zu schaffen und klare Standpunkte zu beziehen. Bei der wohl wichtigsten Entscheidung dieser Wahlperiode, der Teilprivatisierung der Stadtwerke, wurde die Chance vertan, die Verantwortung gleichermaßen auf Bürgerinnen und Bürger, Rat und Parteien zu verteilen.

Nun zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Absicht, 49,9 % unserer Stadtwerke an einen strategischen Partner zu verkaufen.

Vorweg ein Zitat, das das Selbstverständnis eines anderen, sehr ambitionierten kommunalen Energieversorgers beschreibt:

„Die Stadtwerke Schwäbisch Hall sind immer noch zu 100 % im Eigentum der Stadt. Damit ist unser Ziel nicht allein die Gewinnmaximierung sondern auch die Erfüllung umweltpolitischer und sozialer Ziele“.

Hier wird deutlich, dass Stadtwerke eine gesellschaftliche Aufgabe haben, die viel mehr als den Verkauf von Strom, Gas und Wasser umfasst.

Die Broschüre zu „100 Jahre Strom in Hilden“ verweist noch stolz auf eine Zeit, in der durch die beispielhafte Förderung von Fotovoltaikanlagen die Solarcity Hilden bundesweit eine Vorreiterrolle spielte. Mit Verabschiedung des Erneuerbaren Energien Gesetzes verschwand offensichtlich der Ehrgeiz, neue Wege zu beschreiten und z.B. auf ökologische Weise Strom zu erzeugen. Die Stadtwerke arbeiten zwar zuverlässig und solide, erscheinen aber wenig innovativ.

So täte der städt. Tochter ein frischer Wind sicherlich gut. Gerade dieser ist aber von einem strategischen Partner vom Schlage der Stromriesen RWE, EnBW, etc. nicht zu erwarten. Diese setzen weiterhin auf gigantische Stein- und Braunkohlekraftwerke und träumen von der Renaissance der Atomenergie. Die Herausforderung der Zukunft heißt jedoch: Aufbau einer möglichst dezentralen Versorgung auf Basis der Erneuerbaren, weg von den Energieträgern Öl, Kohle, Gas und Uran. Denn die sind alle endlich, mehr oder weniger klimaschädlich und festigen z.T. erhebliche politische Abhängigkeiten (Beispiel Gasprom).

Ich möchte an dieser Stelle auf einige grundsätzliche Fragen hinsichtlich der beabsichtigten Teilprivatisierung eingehen.

1. Welche Vorteile habe ich als Kunde von der Teilprivatisierung der Stadtwerke?

Man könnte meinen, dass durch einen starken Partner, der möglicherweise über große Kraftwerke verfügt, der Strompreis zwangsläufig sinkt.

Im Durchschnitt liegen die Preise bei mit Konzernen verbandelten Stadtwerken jedoch eher etwas höher als bei den unabhängigen.

Die Tarife der sich überwiegend in der Hand von EnBW befindlichen Stadtwerke Düsseldorf sind zwar derzeit niedriger als die unserer Stadtwerke. Aber in den ersten drei Jahren nach Einleitung der schrittweisen Privatisierung in 2002 mussten die Stromkunden in der Landeshauptstadt drastische Erhöhungen in Kauf nehmen (über 14 %), die weit über der Kostenentwicklung in Hilden lagen (7,6 %).

Am Ende des derzeit tobenden Preiskampfes stehen vermutlich gerade bei abhängigen Energieversorgern deutliche Tariferhöhungen.

Da etliche Hildenerinnen und Hildener nach einer Teilprivatisierung die emotionale Bindung an ihr Stadtwerk verlieren werden, ist mit Kundenabwanderungen hin zu Billiganbietern einerseits und zu Ökostromlieferanten andererseits zu rechnen.

2. Wie sieht der Handlungsspielraum eines teilprivatisierten Stadtwerkes aus ?

Welchen Einfluss hat dann noch die Stadt ?

Ein strategischer Partner möchte seine Kosten natürlich minimieren und betrachtet den Verkauf möglichst großer Strommengen als sein vorrangiges Ziel. Energieeinsparung, CO₂-Reduzierung, etc. haben für ihn in der Regel vorrangig die Funktion der Imagepflege und spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Außerdem prägt ein „großer Bruder“ durch sein Knowhow und seine Infrastruktur Geschäftspolitik und Firmenphilosophie. Dies wird ja auch vom Verkäufer so gewünscht; denn die beabsichtigte Nutzung von Synergien beinhaltet schließlich die weitgehende Einfügung in die Arbeitsabläufe eines starken Partners.

Eine Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs in Richtung auf mehr Unabhängigkeit - z.B. durch Ausbau einer eigenen ökologischen Stromproduktion - wird der Käufer vermutlich nur sehr eingeschränkt zulassen. Er möchte ja seine eigene Energie verkaufen!

3. Könnten die Stadtwerke auch ohne Teilprivatisierung überleben, wenn ja, wie ?

Innovative Stadtwerke wie Unna und Schwäbisch-Hall zeigen, wie es funktioniert.

Die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben und die Schaffung einer eigenständigen Energieproduktion bieten - trotz eines insgesamt stadtwerkeunfreundlichen Klimas - realistische Überlebenschancen. So wird sich die Stadt Unna 2010 von ihrem strategischen Partner RWE, der an den Stadtwerken mit 24 % beteiligt ist, trennen.

Eine eigene Energieerzeugung stellt sicher, dass zusätzlicher Strom zu Bedarfsspitzenzeiten nicht teuer erworben werden muss. Es besteht sogar die Möglichkeit, Strom zu lukrativen Konditionen an andere Stadtwerke weiterzuverkaufen.

Die klimafreundliche Energieproduktion ist dabei nicht nur im eigenen Einzugsgebiet möglich – so beteiligen sich die Stadtwerke Schwäbisch Hall an einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk in Hamm. Auch die Stadtwerke Hilden könnten so erfolgreich agieren und müssten nicht einmal ein Windrad auf dem Ja-Berg errichten.

Zudem könnte unser Energieversorger neue Aufgaben übernehmen und z.B. die Abwasserentsorgung vor einer überaus problematischen Teilprivatisierung bewahren. Dies wird bereits bei den Stadtwerken Aachen praktiziert und ist ausdrücklich nach der neuen Gemeindeordnung erlaubt.

Ich fasse zusammen: Sollten unsere Stadtwerke in der bestehenden Form nicht überlebensfähig sein, gibt es bessere Alternativen, als sie womöglich in die Hände eines übermächtigen, rein pro-

fitorientierten Partners zu geben. Dies ernsthaft und umfassend zu untersuchen, wurde leider versäumt. Die Flucht unseres Stadtwerks zu einem großen Bruder, der angeblich Schutz gewährt, ist letztendlich nur eine „vorausseilende Kapitulation“.

Die Konferenz von Rio hat den Gemeinden eine hohe Verantwortung beim Klimaschutz zugewiesen. Zudem verlangt die EU-Kommission von Deutschland eine Reduzierung der Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 15% gegenüber 2005.

Im November hat der Rat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog beschlossen - selbst über den Kauf von Ökostrom wird nun ernsthaft nachgedacht. Gute Ansätze – was jetzt fehlt sind klar formulierte Ziele für den kommunalen Klimaschutz, d.h. präzise Vorgaben für Energieeinsparungen bei der Stadtverwaltung und den städt. Töchtern. Ohne entsprechende Vereinbarungen samt jährlicher Erfolgskontrolle tappen wir hinsichtlich des lokalen Beitrags zur CO₂-Reduzierung weiterhin im Dunkeln.

Ein weiterer Schwerpunkt grüner Politik ist, allen Menschen in Hilden – unabhängig von Herkunft und der Größe ihres Geldbeutels - die Teilnahme am öffentlichen Leben dieser Stadt zu ermöglichen. Dieses Anliegen spiegelt sich u.a. in unseren Anträgen zum Haushalt wider.

Eine besondere Herausforderung stellt die Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit für unseren Nachwuchs dar. Diesem Ziel näher zukommen setzt – neben umfangreichen Ermäßigungen bei den städt. Angeboten - den Ausbau der U-3- und U-2-Betreuung, der OGATA, und das Vorhalten entsprechender, von Eltern nachgefragter Bildungsangebote voraus.

Die Akzeptanz der Hauptschule sinkt – aufgrund denkbar schlechter Berufsaussichten - kontinuierlich. Für uns und für viele Eltern stellt sich daher die Frage nach einer eigenen Gesamtschule in Hilden innerhalb oder außerhalb des Zweckverbandes mit Langenfeld.

Hinsichtlich der Erwachsenenbildung wird derzeit über die Schaffung einer Bildungslandschaft Hilden-Haan nachgedacht, in der die Büchereien der Städte und die VHS organisatorisch unter dem Dach eines gemeinsamen Zweckverbandes zusammengefasst werden sollen. Viele Gründe sprechen dagegen:

Es beginnt bei der Feststellung, dass die immer wieder unter Finanzproblemen leidende Gemeinde Haan wohl kaum unsere gut sortierte, aber nicht gerade zuschussbedarfbare Bücherei zu einem Drittel mitfinanzieren wird.

Dann stellt sich die Frage, wieso die intakte Kulturlandschaft Hilden ohne erkennbare Vorteile ausgedünnt und geschwächt werden soll.

Hinzu kommen die ernüchternden Erfahrungen mit dem Volkshochschul-Zweckverband Hilden-Haan. Allein in den letzten 12 Monaten fanden etwa zehn Sitzungen zu personalpolitischen, strategischen und programmatischen Entscheidungen statt – unser Kulturausschuss erledigt den Job in der Regel mit drei Sitzungen jährlich.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass die VHS zum Nebenkriegsschauplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen geworden ist.

Wir haben uns damit abgefunden, dass eine umständliche, den Konsens überbetonende Satzung den Tanker VHS schwerfällig bis hin zur manövrierunfähig macht. Allein die Einstellung einer hauptamtlichen-pädagogischen Mitarbeiterin hat von Ausschreibung bis Dienstantritt etwa zehn Monate gedauert – dieses Schicksal sollten wir unserer gut funktionierenden Bücherei ersparen. Der VHS unter neuer Leitung ist mehr Eigenständigkeit und weniger politische Einflussnahme zu wünschen, ansonsten stellt sich immer wieder die Frage nach Auflösung des Zweckverbandes.

In 2008 und den Folgejahren wird sich unsere Stadtmitte deutlich verändern: die Fertigstellung des für die Unterstadt so wichtigen Bahnhofs, der Abriss und Neubau der Sparkasse, neue Wohngebiete am Krankenhaus und auf dem alten Reichshofgelände. Dies bietet vielen Chancen, aber auch Gefahren. Was die Baumaßnahme Stankt Jacobus betrifft, tragen Stadt und katholische Kirche eine gemeinsame Verantwortung für den Fortbestand der derzeit dort ansässigen sozialen

Einrichtungen (Schuldnerberatung, Hildener Tafel,..) und ausländischen Vereine. Auch muss hier das Versprechen der Kirchengemeinde eingelöst werden, in der Innenstadt Wohnungen für finanziell schwächere Bürger/-innen zu schaffen. Die Idee der Initiative Möwe, in der Hildener City ein sozial durchmischtes Mehrgenerationenwohnen zu ermöglichen, weist in die richtige Richtung und böte ein ideales Betätigungsfeld für die derzeitige keinesfalls überlastete WGH. Leider war nur unsere Fraktion bereit, sich von dem Parkplatzgrundstück an der Berliner Straße unter Marktwert zu trennen. Rein fiskalisch betrachtet nachvollziehbar – aber hinsichtlich der demographischen Entwicklung der City eindeutig das falsche Signal.

Ich komme zum Schluss:

Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen waren einige Anträge der Grünen zugunsten von Kindern und Jugendlichen erfolgreich. Das freut uns, reicht aber nicht für eine Zustimmung zum vorliegenden Entwurf aus.

Wir lehnen daher den Haushalt 2008 ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Rede von
Ratsmitglied Udo Weinrich, „Bürgeraktion Hilden“,
in der 28. Ratsitzung am 05. März 2008 zur
Haushaltssatzung 2008
und
mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2011:*

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich muss Ihnen ein Geständnis machen: Zum ersten Mal, seitdem ich für die „Bürgeraktion Hilden“ wieder im Rat der Stadt sitze – also jetzt im neunten Jahr! – habe ich mich gefragt: Welchen Zweck hat eine Haushaltsrede? Wen willst du damit erreichen? Wen willst du damit überzeugen?

Denn angesichts der Erfahrungen, die die „Bürgeraktion“ seit 1999 mit so genannten Haushaltsberatungen in diesem Rat und in seinen Ausschüssen gemacht hat, wäre es vermessen, auf so etwas zu setzen wie eine „Streitkultur“, auf eine ergebnisoffene Debatte zu hoffen oder etwa anzunehmen, CDU und SPD könnten ernsthaft dazu bereit sein, mit anderen Ratsfraktionen den Versuch zu wagen, endlich einen Haushalt mit einer „schwarzen Null“ zu beschließen.

Stattdessen wird heute von CDU und SPD ein Haushalt verabschiedet, der auch nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer ein strukturelles Defizit von 1,2 Millionen Euro aufweist, das als Folge der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss auf rd. 1,5 Millionen Euro gewachsen ist.

Trotz einer beachtlichen Finanzstärke, die sich in Einnahmen von rd. 153,7 Millionen Euro niederschlägt, reicht das Geld wieder einmal nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Und nach dem Willen von CDU und SPD sollen die Schulden der Stadt bis 2011 von derzeit 24,7 Millionen auf 32,4 Millionen Euro steigen. Das würde ein Wachstum um rd. 31% innerhalb von nur vier Jahren bedeuten!

Diesen Schulden müssten die Bürgschaften und Patronatserklärungen der Stadt in Höhe von insgesamt 47 Millionen Euro hinzugerechnet werden: für die Stadthalle, die Energieversorgung, die Wohnungsbaugesellschaft und für das Seniorenzentrum.

Und auch die städtischen Gesellschaften, die zum Teil gegründet worden sind, um Kredite außerhalb des städtischen Haushalts aufnehmen und damit „parken“ zu können, haben Schulden aufgehäuft, für die die Stadt als alleinige Gesellschafterin aufkommen müsste. Ich nenne hier nur als Beispiele auf der Basis der Zahlen des aktuellen Beteiligungsberichts die Bankschulden der Stadtwerke (6 Millionen Euro), der Grundstücksgesellschaft der Stadtwerke (5,4 Millionen Euro) und der Infrastrukturgesellschaft (13,1 Millionen Euro).

Über die „Stadthalle Hilden GmbH“ und über die „Wohnungsbaugesellschaft“ heißt es im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamts zur Eröffnungsbilanz, diese Gesellschaften seien „insbesondere darauf ausgelegt (...), keinen Gewinn zu machen.“ – Aber wo steht denn geschrieben, dass sie Verluste machen müssen und dass diese roten Zahlen – siehe Stadthalle – Jahr für Jahr aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden?

Angesichts dieser Verbindlichkeiten stellen die Schulden der Stadthalle (1,8 Millionen Euro) und der Gemeinnützigen Seniorendienste (2,7 Millionen Euro) ja gewissermaßen „Peanuts“ dar. Alle diese Beträge tauchen im Haushalt der Stadt natürlich nicht auf. Nur deshalb können Stadtverwaltung, SPD und CDU auch weiterhin so tun, als sei alles in bester Ordnung.

In seiner letzten Einbringungsrede als Kämmerer hatte Horst Thiele behauptet, alle Fraktionen wären sich immer darin einig gewesen, seine mahnenden Worte hinsichtlich zu hoher Standards in Hilden zu überhören. Diese Aussage rief bereits in der Ratssitzung den entschiedenen Widerspruch der „Bürgeraktion Hilden“ hervor.

Denn auf mahnende Worte der IHK hinsichtlich zu hoher Standards hatte nur die BA mit mutigen Einsparvorschlägen reagiert. Doch die wurden von CDU und SPD samt und sonders in die Tonne geworfen. Stattdessen wurde von der SPD ausnahmslos „draufgesattelt“ – allerdings ohne Finanzierungsvorschläge.

Auf den Tag genau, heute vor zwei Jahren, hatte die CDU am 05.03.2006 in einer Presseerklärung noch mitgeteilt, ein Blick auf die Schuldenentwicklung zeige, dass der Kämmerer es sich zu leicht mache, die Ursachen für die schwierige Haushaltssituation allein in der Bundes- oder Landespolitik zu suchen. Die Finanzplanung von Bürgermeister und Kämmerer – man achte auf den feinen Unterschied, denn der Rat wird hier überhaupt nicht erwähnt! – habe sich in den vergangenen Jahren nicht daran orientiert, dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten müssten. Vielmehr zeige sich heute (also im Jahre 2006!), dass Vieles – auch die hohen Hildener Standards – ohne nachhaltige Gegenfinanzierung – so wörtlich! – „auf Pump“ bezahlt worden sei.

Und zum Haushalt 2006 hatte die CDU-Fraktionsvorsitzende erklärt, für die kommenden Jahre – also doch auf jeden Fall für 2008! – müsste der gesamte Haushalt auf den Prüfstand. Deshalb habe die CDU-Fraktion auch bereits vor der Haushaltseinbringung einen Antrag gestellt, die freiwilligen Leistungen in unserem Haushalt zu erfassen, denn nur hier hätten wir tatsächlich Handlungsspielräume. – Geschehen ist bis heute allerdings nichts.

Daneben hätten wir allerdings auch in vielen Bereichen der Verwaltung „Speck angesetzt“ – so die CDU-Fraktionsvorsitzende weiter –, das heißt hohe Standards mit hohen Kosten zugelassen. Auch hier seien deutliche Sparmaßnahmen erforderlich, wobei natürlich zuerst der Kämmerer gefordert sei. (Das kennen wir von der CDU: Keine eigenen Ideen, aber immer auf die anderen zeigen!)

Und selbstbewusst hatte die CDU-Fraktion damals verkündet:

„Wir wollen alle Bereiche kritisch beleuchten und scheuen auch vor schwierigen politischen Entscheidungen nicht zurück.“

Was ist daraus geworden? Der einzige konkrete Beschluss, mit dessen Hilfe die CDU seit 2006 dem so genannten „Speckgürtel“ der Stadtverwaltung zu Leiben rückte, bestand in der Abwahl des Technischen Beigeordneten, die ohne Mitwirkung und Unterstützung durch drei der vier kleinen Fraktionen überhaupt nicht möglich gewesen wäre. (Die Notwendigkeit der Nicht-Wiederwahl von Max Rech wurde durch den grandios vermurksten Bebauungsplan 236, den das Oberverwaltungsgericht wegen handwerklicher Fehler aus dem Verkehr gezogen hat, zwar noch einmal eindrucksvoll bestätigt.)

Aber deutliche Sparvorschläge im Bereich der Standards ist die CDU bis heute schuldig geblieben! Diesen Entscheidungen ist sie ausgewichen. Seltsam entscheidungs-scheu und handlungsarm präsentiert sie sich auch auf diesem Gebiet. Mit dem Herannahen des Termins der Kommunalwahl im Juni 2009 wird bei CDU und SPD die sowieso nur schwach ausgeprägte Suche nach Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit völlig zum Erliegen kommen.

Und die SPD? Die hat mit ihrem Schaufensterantrag, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, angedeutet, was wir im Wahljahr 2009 von ihr zu erwarten haben werden: Ohne Deckungsvorschläge beantragt sie platt populistisch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen. DIE LINKE sitzt ihr schon im Nacken!

Meine Damen und Herren, die kurze Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 17.01.2008 zum Haushaltsentwurf ihres Genossen Horst Thiele glich einem haushaltspolitischen Offenbarungseid der Sozialdemokraten. Offensichtlich hat die SPD die Sitzungen der 2006 mit viel Tamtam eingesetzten Arbeitsgruppe „Haushalt der Zukunft“ komplett verschlafen. Oder hat diese seitdem nicht mehr getagt?

Seit Jahren glänzt die SPD in den Haushaltsplanberatungen durchs „Draufsatteln“ und verursacht Mehrausgaben. Kein sozialdemokratischer Sparvorschlag erblickte das Licht der Öffentlichkeit! Dabei hatte die SPD-Fraktionsvorsitzende bereits zum Haushalt 2007 zustimmend eine sehr kritische Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf zitiert:

„Zusätzliche Ausgaben gilt es zu vermeiden, im Gegenteil, es muss insbesondere überlegt werden, welche konsumtiven Ausgaben reduziert werden können.“ (Ratssitzung am 25.04.2007)

Vorschläge der SPD hierzu in 2007 und 2008? – Fehlanzeige!

Auch 2007 wollte die SPD „zusätzliche Ausgaben“ vermeiden – und brachte nicht einen einzigen Kürzungsantrag zustande. Auch 2007 hielt die SPD es für angebracht, konsumtive (also nicht-investive) Ausgaben zu reduzieren – und schaffte es auch auf diesem Gebiet nicht, auch nur einen einzigen substanziellen Vorschlag zu machen.

Mit gespielter, ernster Miene hatte die SPD-Fraktionsvorsitzende 2007 uns alle vor einem Jahr, von dieser Stelle aus, zum Sparen aufgefordert, aber erst, nachdem die Genossinnen und Genossen sämtliche Kürzungsanträge anderer Fraktionen niedergestimmt hatten.

Beim Haushaltsentwurf 2008 hat die SPD einmal mehr finanzpolitisch die „Unschuld vom Lande“ gespielt. Auf der einen Seite gab sie sich sozial und beantragte, keine Elternbeiträge für das letzte Jahr (letztes Regelkindergartenjahr) in der Einrichtung zu erheben, auf der anderen Seite sagte sie mit keiner Silbe, wie die Einnahmeausfälle ohne einen noch tieferen Griff in die Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden könnten.

Auch die von der SPD geforderte „Verbesserung der Bildungsangebote“ wird Geld kosten. Doch auch diese Forderung hat die SPD weder mit einer konkreten Zahl noch mit einem Finanzierungsvorschlag unterfüttert. Die SPD hat den Haushalt 2008 um nicht-investive, also „konsumtive“ Ausgaben erhöhen wollen.

Neue Finanzierungsquellen wollen die Sozialdemokraten ihrem Bürgermeister dadurch erschließen, dass sie das öffentliche Eigentum namens „Stadtwerke“ an einen „privaten“ Partner verkaufen. CDU, FDP und dUH helfen ihr dabei. Mit dem dadurch kassierten Geld sollen nicht nur die Verluste der bei der Stadt verbleibenden Bäder und der Buslinie O3, die man einem „Partner“ nicht zumuten möchte, ausgeglichen werden. Damit würde städtisches Vermögen verscherbelt, um den Konsum zu finanzieren; neues Vermögen würde nicht geschaffen!

Damit die SPD bis zur Kommunalwahl 2009 weitere soziale Wohltaten finanzieren kann, deshalb muss sie den Ausverkauf städtischen Vermögens fortsetzen. Die „Stadtwerke“ sind erst der Anfang bzw. die Spitze des Eisbergs!

Meine Damen und Herren,

„Es hat uns die Kritik Einzelner dieses Rates eingebracht, keine Haushaltsanträge gestellt zu haben. Offenbar wurde die Zielrichtung unserer Anträge dort nicht verstanden. Wir halten nachhaltige strategische Maßnahmen für sinnvoller als populistische Schaufensteranträge. Dies war eigentlich auch die Zielrichtung von NKF – weg von der Farbe der Türklinke, hin zu strategischer Ratsarbeit.“

Die „Bürgeraktion Hilden“ stimmt dieser Aussage von Frau Urban aus dem Jahre 2007 uneingeschränkt zu. Doch leider will die CDU beim Thema „Haushalt“ abwarten. Ohne eine eigene zündende Idee, ohne den Mut zu klaren Entscheidungen hat die CDU auch beim Haushalt 2008 das Gesetz des Handels der Stadtverwaltung überlassen, von der sie erst zum Haushalt 2009 „Ergebnisse“ erwartet. Statt ihrer Verantwortung als Ratsmitglieder gerecht zu werden, lassen die Mandatsträger der CDU wieder einmal andere arbeiten und gestalten ...

Es hätte der CDU-Fraktion gut zu Gesicht gestanden, dem Vorschlag der BA zu folgen, die Haushaltsplanberatungen zu verschieben und zu versuchen, den Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung und ohne Griff in die Ausgleichsrücklage hinzubekommen.

Von CDU und SPD erleben wir keine solide Politik, sondern einfach nur ein ideenloses „Weiter so!“ Nicht nur haushaltspolitisch, sondern auf allen anderen Gebieten der Kommunalpolitik in Hilden droht die Fortsetzung der von CDU und SPD jahrelang gemeinsam betriebenen Politik der wechselseitigen Erfüllung personalpolitischer Wünsche (Beispiel: Volkshochschule), der geradezu kartellartigen Abgrenzung sozial- bzw. christdemokratischer Einflussbereiche in der Stadtverwaltung und in städtischen Gesellschaften. Es droht eine Lähmung und Stillstellung des kommunalpolitischen Lebens durch die informelle Große Koalition parteipolitischer Besitzstandswahrer.

Nach den negativen Erfahrungen, die wir seit Jahren mit einem Rat machen, der in seiner überwältigenden Mehrheit weder bereit noch willens ist, seine Aufgaben als Kontrollorgan der Stadtverwaltung wahrzunehmen und der alle unsere haushaltspolitischen Vorschläge und Initiativen alternativlos niedergestimmt hat, haben wir in 2008 darauf verzichtet, uns wie eine „Änderungsschneiderei“ zu verhalten. Ein Haushaltsentwurf, bei dessen Einbringung der Kämmerer bereits den Nachtragshaushalt angekündigt hat, ist und bleibt ein Torso. Garniert mit einem völlig unbrauchbaren, intransparenten Stellenplan glichen auch die Haushaltsberatungen 2008 einer Mischung aus „Unfroher Botschaft“ und Lottospiel. Für reine Beschäftigungstherapie war und ist uns unsere Zeit zu kostbar, meine Damen und Herren!

Wir hatten und haben immer stets die Notwendigkeit betont, den Haushaltsplan der Stadt als Steuerungsinstrument zu betrachten. Wir hatten uns mit Ihnen, mit den anderen Fraktionen, beispielsweise über die Detailtiefe des Produkthaushalts verständigen wollen. Zu hören bekamen wir aus anderen Fraktionen nur: „Jetzt nicht, aber vielleicht im nächsten Jahr!“ Oder: „Dafür haben wir keine Leute!“ – Dass dann im Zusammenhang mit dem Teilverkauf der Stadtwerke trotz angeblich knapper Personaldecke auch aller kleinste Fraktionen eine regelrechte Jagd nach Gremiensitzen veranstalteten, sei an dieser Stelle nur nachrichtlich vermerkt.

Die BA hatte jahrelang im Rat beantragt, sich auf eine Prioritätenliste unabweisbar erforderlicher Investitionen zu verständigen. Kämmerer und Ratsmehrheit hatten darauf nur ablehnend reagiert. Die Folgen: Soziale und ökologische Investitionen entfallen. Der soziale Wohnungsbau wird so ganz nebenbei eingestellt.

So hat beispielsweise nur die BA sich dem flächendeckenden Kunstrasenteppich bis heute widersetzt. Andere Fraktionen haben das Geld der Bürger mit vollen Händen ausgegeben und anschließend den „Haushalt der Zukunft“ angemahnt. Aber wo sind die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe?

Selbstverständlich war und ist die BA bereit, dringend erforderliche Sparmaßnahmen mit allen Fraktionen im Konsens zu beschließen. Wer auch nach 2009 Gestaltungsspielräume nutzen will, der muss heute Einsparungen beschließen.

Das Resultat der gegenwärtigen Entwicklung wird nicht Konsolidierung sein, wird nicht die Erhaltung von Handlungsfreiheit sein, sondern – ganz im Gegenteil – am Ende dieses Finanzierungszeitraums stehen Sparzwang und Perspektivlosigkeit.

Der soziale Wohnungsbau ist bereits am Sachzwang des Flächenmangels gescheitert. Die zukünftige Stadtentwicklungspolitik scheitert am Privatbesitz der Grundstücke, der bei Erbpacht nicht entsteht.

Meine Damen und Herren, für viele Ratsmitglieder in SPD und CDU mag es verlockend sein, ihr Abstimmungsverhalten an dem auszurichten, was die Fraktionsspitzen zuvor in so genannten „vertraulichen Gesprächen“ abgesprochen haben. Wir geben zu, eine Ratsarbeit, die wirklich und ernsthaft fraktionsübergreifend nach gemeinsamen Schnittmengen suchte, wäre anspruchsvoller und zeitintensiver als das Abnicken informeller Vereinbarungen zwischen CDU und SPD.

Wir sind und bleiben aber der Auffassung, dass sich der Aufwand für uns alle lohnen würde, fraktionsübergreifend miteinander ins Gespräch zu kommen und im Gespräch zu bleiben. Denn die jüngsten Erfahrungen, die wir alle hier mit dem Unmut der Bürgerinnen und Bürger gemacht haben – sei es beim Thema „Pipeline“ oder beim Thema „Alter Markt“ – sollten als Warnung an uns alle verstanden werden: Die Bürgerinnen und Bürger als der Souverän, der uns mit einem Mandat auf Zeit ausgestattet hat, sind der parteipolitischen Ränkespiele überdrüssig! Aber wer diese Spielchen viereinhalb Jahre lang mitmacht und sich erst sechs Wochen vor der Kommunalwahl als Alternative zum „Weiter so!“ andienen will, der muss damit rechnen, nicht ernst genommen zu werden.

Meine Damen und Herren, trotz der negativen Erfahrungen, die insbesondere die CDU-Fraktion in den vergangenen Wochen uns beschert hat, ist die „Bürgeraktion Hilden“ auch weiterhin an einer produktiven Gestaltungsmehrheit interessiert. Diese Gestaltungsmehrheit hätten wir beim Thema „Haushalt 2008“ gerne in Aktion gesehen, aber auf unser Gesprächsangebot haben CDU und SPD bis heute nur ausweichend reagiert.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, durch die von uns seit 2000 beantragten Kürzungen und Umschichtungen in den Haushalten hätten rd. 23 Millionen Euro eingespart werden können. Mit uns hätten Sie die Entschuldung energisch und entschlossen vorantreiben können, und zwar ohne Vermögen zu verkaufen! Dazu hatten und haben Sie leider nicht den Mut. Deshalb sind wir so frei und so mutig, auch diesen Haushalt abzulehnen.

Anlage 3

**Haushaltsrede von Angelika Urban,
Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hilden,
zum Haushaltsplan 2008**
Es gilt das gesprochene Wort

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Herren und Damen, sehr geehrte Gäste,

der Haushalt 2008 ist der zweite Etat nach dem neuen kommunalen Finanzsystem. Die CDU-Fraktion hat sich deshalb erneut mit der neuen Systematik auseinander gesetzt und im Jahr zwei gehofft, mit ersten Vergleichszahlen wieder Boden unter den Füßen zu bekommen. Leider war dies nur bedingt möglich, denn die Verwaltung hat mit einer erheblichen Ausweitung der internen Leistungsverrechnung geschickt jede Vergleichbarkeit zunichte gemacht. Hierzu ein Beispiel, der Zuschussbedarf je Grundschüler steigt von 281 Euro in 2007 auf nunmehr 2.068 Euro in 2008. Wer kann da noch von Vergleichbarkeit sprechen?

Als **erstes Ergebnis** zum Haushalt 2008 ist also festzuhalten, dass die für das NKF wichtigen Kennzahlen, die uns eine politische Steuerung des Haushalts ermöglichen sollen, leider auch in diesem Jahr weitgehend unbrauchbar sind. Vielleicht schafft es der neue Kämmerer ja 2009, endlich wieder nachvollziehbare Entwicklungen aufzuzeigen.

Wenn wir dann einmal bei Wünschen sind, unsere Fraktion hätte noch einen an Sie, Herr Klausgrete. Ich weiß nicht, wie es den anderen Fraktionen gegangen ist, zumindest aus unserer Sicht war der Terminplan oder besser gesagt die Terminenge mehr als unglücklich. Nach der Einbringung kam Weihnachten und der Jahreswechsel, dann musste in wenigen Tagen der gesamte Etat durchgearbeitet und in der Haushaltsklausur beraten werden und schließlich überschlagen sich die Sitzungstermine bis hin zu einem Stadtentwicklungsausschuss an Aschermittwoch. Die Bearbeitung des Haushaltes darf auf keinen Fall unter solchem zeitlichen Druck stattfinden. Wir bitten Sie dies heute schon bei der Planung für den nächsten Haushalt zu beachten.

An dieser Stelle muss ich auch noch einmal Herrn Thiele ansprechen. Sie haben bei Ihrer Abschiedsrede als Kämmerer im Dezember mit einem unschönen Nebensatz versucht, den Ratsmitgliedern den „schwarzen Peter“ zur Finanzsituation unserer Stadt zuzuschieben. Ich gestehe gerne, schwarz gefällt mir grundsätzlich ganz gut, aber der Inhalt Ihrer Aussage war nicht akzeptabel.

Sie haben in Ihrer Haushaltsrede erklärt, der Rat habe Ihre „mahnenden Worte“ hinsichtlich der zu hohen Standards in Hilden „geflissentlich überhört“. Diesen Vorwurf muss ich für die CDU-Fraktion entschieden zurückweisen. Wo waren denn Ihre mahnenden Worte, wenn es um konkrete Entscheidungen ging? Wer hat denn alle Vorschläge der Verwaltung und der Fraktionen, die zu Mehrausgaben führten, abgezeichnet? Wer hat uns denn in diesem Rat mit stoischer Gelassenheit immer und immer wieder Haushalte vorgelegt, die mehr Ausgaben als Einnahmen enthielten. Das waren doch Sie selbst als Kämmerer, der für die Finanzen unserer Stadt verantwortlich ist. Wo waren denn Ihre Einsparvorschläge?

Deshalb war Ihre Kritik an diesem Rat einfach unredlich! Sie hätten Ihrer Verantwortung gerecht werden und Maßnahmen aufzeigen müssen, die das strukturelle Defizit verringern. Genau dies haben Sie leider nicht getan. Wir hoffen, Ihr Nachfolger wird wesentlich konsequenter sein, dies erwarten wir jedenfalls.

Doch nun zurück zum aktuellen Haushaltsplan. Der kritische Blick in den Entwurf zeigt zunächst erfreulicherweise auf, dass sich die Finanzsituation deutlich entspannt hat. Der Aufwand steigt - bereinigt um die bereits genannten internen Leistungsverrechnungen - um 4, die Erträge um 8 Mio. Euro. Als logische Folge geht das Defizit deutlich zurück, was wir sehr begrüßen.

Trotzdem hat der Haushalt 2008 zwei dicke Minuspunkte. Zum einen ergibt sich eine Verbesserung nur auf der Ertragsseite durch die sehr gute Steuerentwicklung und zum anderen lebt Hilden immer noch über seine Verhältnisse, obwohl wir im vergangenen Jahr an dieser Stelle deutlich den Haushaltsausgleich für 2008 gefordert hatten. Die Formalisten und Haushaltstechniker werden zwar jetzt wieder mit der so genannten „Fiktion des Haushaltsausgleichs“ anfangen, da ja eine Ausgleichsrücklage – allerdings ohne Geld – zur Verfügung steht. Aber, meine Damen und Herren, wir geben auch 2008 mehr aus als wir einnehmen und für den normalen Bürger und die CDU-Fraktion ist das Ergebnis immer noch ein Defizit!

Als **zweites Ergebnis** ist deshalb festzuhalten, die CDU-Fraktion sieht weiterhin eine grundsätzliche Einsparnotwendigkeit, wenn auch nicht mehr so dramatisch wie in den Vorjahren. Dennoch müssen wir bereits heute unsere Stadt fit für die Zukunft machen, denn die nächste Konjunkturlaute kommt bestimmt! Deshalb ist auch für uns der „Haushalt der Zukunft“ noch nicht vergessen. Wir haben – nach den kritischen Erfahrungen des vergangenen Jahres mit den anderen Fraktionen – unsere Aktivitäten zwar zunächst zurückgestellt, halten sie grundsätzlich aber weiterhin für erforderlich. Vielleicht ergibt sich ja nach der nächsten Kommunalwahl eine Konstellation, die ernsthafte Einsparbemühungen mit politischem Konsens ermöglicht. Unserer Stadt, davon bin ich überzeugt, täte dies gut und ich gebe die Hoffnung an dieser Stelle nicht auf.

Einen weiteren problematischen Punkt bildet die notwendige Kreditaufnahme. Während der Finanzhaushalt ansonsten völlig in Ordnung ist, stehen den Investitionen von 8 Mio. Euro nur Einzahlungen von 5 Mio. Euro gegenüber.

Als **drittes Ergebnis** muss deshalb festgestellt werden, der Kreditbedarf von 3 Mio. Euro nach 0 im Vorjahr ist so nicht akzeptabel. Dies vor allem, weil durch die deutliche Schlappe der Bauverwaltung aus der Ära „Rech“ mit ihren handwerklichen Fehlern beim Normenkontrollverfahren zum Bebauungsplan Gerresheimer Straße weitere 500.000 € und durch den uns nachgereichten Bau der Mensa für das Helmholtz-Gymnasium eine weitere Million hinzukommen. Das macht nach der bekannten Scheibchen Salami taktik bereits 4,5 Mio. Euro, eine Summe, die die CDU-Fraktion nicht bereit ist, zu akzeptieren.

Deshalb haben wir als erstes Thema einen Prüfauftrag beantragt, welche Grundstücke und Gebäude langfristig für kommunale Zwecke nicht mehr benötigt werden. Unsere Stadt muss keine Grundstücke horten, für die kein kommunaler Bedarf besteht. Eine Veräußerung bringt Handlungsmöglichkeiten für private Investoren und nur die bringen unsere Stadt wirklich voran. Außerdem bekommen wir so Geld in die Stadtkasse zur Reduzierung eines dauerhaft belastenden Kreditbedarfs und sparen laufenden Unterhaltungsaufwand.

Ein weiteres Thema bildet die Kanalsanierung. Die 2008 geplanten Maßnahmen sind auch aus der Sicht der CDU-Fraktion aus Umweltschutzgründen erforderlich. Es stellt sich aber die Frage, ob angesichts der anstehenden Diskussion über die Gründung einer Abwassergesellschaft eine eigene Investition in 2008 sinnvoll ist, wenn eine Gesellschaft dies aus steuerlichen Gründen bereits 19 % preisgünstiger kann. Deshalb haben wir den Antrag auf Zurückstellung der Investitionen gestellt, bis eine Entscheidung über die Gesellschaftsgründung gefallen ist.

Doch lassen Sie mich hier zur Vermeidung einer Legendenbildung eins ganz deutlich sagen: Dies ist noch kein Signal für eine positive Entscheidung der CDU-Fraktion! Sie können sich deshalb Ihrer Mehrheit noch nicht sicher sein, Herr Bürgermeister. Wir werden die Frage im Interesse der Stadt prüfen und sind natürlich für gute Vorschläge anderer, auch der Verwaltung offen – ich werde darauf später noch einmal zurückkommen. Bei einer Ablehnung der Gesellschaftsgründung werden wir die eigene Investition in der zweiten Jahreshälfte 2008 oder Anfang 2009 fordern.

Das dritte Thema bildet die Fabricius-Sporthalle. Das Gebäude ist bautechnisch und funktional zwar völlig in Ordnung, stellt aber eine „Energieschleuder“ dar und führt deshalb zu Handlungsbe-

darf für den Klimaschutz. Die Einschätzung der Verwaltung mit erwarteten Einsparungen von 20 % Energiekosten zeigt aber auf, dass gerade dieses Ziel mit der geplanten Sanierung nur eingeschränkt erreicht wird. Deshalb hat die CDU-Fraktion einen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt, ob nicht ein Neubau an anderer Stelle und die Vermarktung des Altgeländes die sinnvollere Lösung bilden, natürlich unter Berücksichtigung des TUS. Aber auch hier meine deutlichen Worte, wir sind noch nicht festgelegt. Wenn das Prüfungsergebnis für einen Neubau keinen Sinn ergibt, werden wir sanieren, nur eben ab 2009!

Damit zur Feststellung des **vierten Ergebnisses**, der Senkung des Kreditbedarfs 2008 um bis zu 1,7 Mio. Euro plus X aus möglichen späteren Grundstücksverkäufen und die Reduzierung von künftigem Unterhaltungsaufwand im Ergebnishaushalt. Dass darüber hinaus bedingt durch zwei unerwartete Landeszuweisungen und den Veräußerungserlös für ein Grundstück an der Benrather Straße der Kreditbedarf nun per Saldo wieder auf gut 3 Mio. Euro sinkt, wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Aber wir haben uns nicht nur mit der Entwicklung von Einsparmöglichkeiten befasst, wichtig für unsere Stadt ist auch der Blick nach vorne. Hilden ist eine attraktive Stadt mit einem hohen Leistungsniveau und hat leistungsfähige Angebote für Einwohner jeden Alters.

Unsere hohe Attraktivität im Wettbewerb der Kommunen führt zur Stabilisierung unserer Einwohnerzahl trotz demografischem Wandel und zur Ansiedlung weiterer Unternehmen in unseren Gewerbegebieten und damit zur Stabilisierung unserer Einnahmen. Schließlich bilden die hohen Steuereinnahmen die Basis unseres Wohlstandes.

Deshalb sehen wir parallel zur Notwendigkeit der sparsamen Haushaltsführung den Bedarf, die Attraktivität dieser Stadt mindestens zu halten, besser weiter auszubauen. Dabei muss Verbesserung nicht unbedingt zusätzliches Geld bedeuten.

Aus Sicht der CDU ergeben sich hier folgende Handlungsfelder:

1. Kinder unter 3 Jahren und OGATA. Das Feld ist hier zurzeit gut bestellt dank der rechtzeitigen Anträge der CDU-Fraktion.
2. Schule. Hier sehen wir Handlungsbedarf und haben unseren Antrag auf Weiterentwicklung der Schule der Zukunft gestellt. Ein Beispiel bildet das Helmholtz-Gymnasium. Wir wollen nicht nur die Sanierung der Außenhülle und damit die Berücksichtigung moderner energetischer Anforderungen, sondern auch die Berücksichtigung künftiger Bedarfe für den Schulbetrieb. Denn Schule und Bildung sind die Herausforderung für unsere künftige Entwicklung. Dabei darf auch die Fabry-Realschule nebenan nicht vergessen werden, deshalb der Antrag der CDU.
3. Jugend. Hier besteht bereits ein umfangreiches Angebot in Hilden. Dennoch müssen auch wir negative Tendenzen erkennen, von der Kriminalitätsentwicklung bis zum steigenden Bedarf zur Heimunterbringung von Kindern. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, ein Konzept zur Ausweitung von Pflegefamilien zu entwickeln, weil wir dies für die bessere Alternative der Kinderbetreuung halten. Gleichzeitig gäbe es einen nicht zu verachtenden Nebeneffekt, die günstigeren Kosten.
4. Sport. Nach der vorgezogenen Sanierung des Sportplatzes Kalstert auf Antrag der CDU folgt nun die Prüfung der Fabriciushalle, ich habe dies bereits erwähnt.
5. Gebäudemanagement. Auch die CDU-Fraktion hält eine bessere Zuordnung der politischen Begleitung dieses wichtigen Aufgabenbereiches für erforderlich, nachdem wir zunächst die Verantwortlichkeit in der Verwaltung verändert haben. Aber wir wollen keinen neuen teuren Ausschuss. Hier besteht mit dem Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss bereits ein Gremium, das sich mit dem Wohnungsbau und den unbebauten Grundstücken der Stadt beschäftigt. Außerdem sind die Tagesordnungen der Sitzungen keineswegs überladen. Deshalb

unser Antrag auf Zuordnung der Gebäudewirtschaft zum bestehenden Ausschuss. Damit wird das Ziel erreicht ohne zusätzliche Kosten, so verstehen wir erfolgreiche Politik für unsere Stadt Hilden.

Dabei müssen die guten Vorschläge nicht immer nur von der CDU stammen. Ich finde überzeugende Lösungen auch dann gut, wenn sie von konkurrierenden Parteien kommen. Bei dem, was wir gemeinsam betreiben wollen, darf es nicht um Profilierung gehen, sondern um Gestaltung von Politik zum Wohl der Stadt. Da setze ich mich gerne mit allen Parteien sachlich auseinander. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nichts sehnlicher wünschen als eine Politik, die sich jenseits von Ideologien auf die Lösung von Problemen konzentriert und sich dabei natürlich am Gemeinwohl orientiert. Lassen Sie uns deshalb nicht immer nur an die politische Auseinandersetzung denken, sondern zu allererst an das Wohl unserer Stadt und unserer Bevölkerung. Sie sollten im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stehen, dann sind mit Sicherheit auch Koalitionen möglich, an die heute vielleicht noch keiner denkt.

Völlig unerträglich sind für mich in diesem Zusammenhang allerdings die verbalen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Stadtwerke-Diskussion. Man kann nicht nur Offenheit für neue politische Lösungen von der CDU-Fraktion fordern sondern muss auch akzeptieren, wenn durch das begründete Verhalten der CDU und anderer Partner wechselnde Mehrheiten entstehen. Wer von anderen den Mut zum Wechsel fordert und ihn selbst bei passender Gelegenheit praktiziert, muss auch akzeptieren, dass so Mehrheiten gegen einen selbst entstehen können. Vielleicht müssen hier die demokratischen Grundregeln noch ein wenig besser verinnerlicht werden, anstatt mit bissigen Kommentaren gewünschte Partner direkt wieder zu verprellen.

Lassen Sie mich nun abschließend unsere wesentlichen Positionen **und unser Gesamtergebnis** zum Haushalt noch einmal zusammenfassen:

1. Die CDU-Fraktion sieht ihre Anforderungen an den Haushalt 2008 mit den gestellten Anträgen als weitgehend erfüllt an und stimmt dem Haushalt deshalb zu.
2. Die CDU-Fraktion sieht Handlungsbedarf in zwei Richtungen, langfristige Einsparbemühungen beim Aufwand zur Sicherung der Finanzen und Investitionen in die Weiterentwicklung unserer Stadt.
3. Die CDU-Fraktion fordert den neuen Kämmerer auf, für den Haushalt 2009 eine stärkere eigene Handschrift zu entwickeln mit dem Ziel, den Haushaltsausgleich auch real und nicht nur als Fiktion zu erreichen. Wir danken Ihnen und Ihrer Mannschaft für die umfangreiche Arbeit zum Haushalt 2008! Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand für Ihre neue Aufgabenstellung, zu der wir Sie gewählt haben. Wir werden Ihre Arbeit auch weiterhin positiv begleiten, aber Sie auch kräftig fordern, wenn wir dies zum Wohl unserer Stadt für erforderlich halten.
4. Und die CDU-Fraktion fordert den Bürgermeister auf, sich selbst als neuer Finanzdezernent stärker in die Haushaltspolitik einzubringen, finanzpolitische Akzente zu setzen und finanzpolitische Ziele für diese Stadt zu entwickeln.
Wir erwarten von Ihnen und Ihrem Kämmerer, dass Sie jetzt Ihre Hausaufgaben machen und uns im nächsten Jahr einen Ergebnishaushalt vorlegen, der tatsächlich ausgeglichen ist. Wir werden anhand des Haushalts 2009 prüfen, ob der Bürgermeister als Finanzdezernent diesem Anspruch gerecht wird und vielleicht endlich eine erkennbare eigene Linie und Visionen entwickelt. Bei den Eckpunkten für die Entwicklung unserer Stadt sind diese Visionen ja bisher ausgeblieben. Bei den Finanzen konnten Sie sich bisher hinter Ihrem Parteifreund Thiele verstecken. Nun sind Sie selbst gefordert und wir werden Sie an Ihren Ergebnissen messen!
Denn eins ist für uns klar, Hilden ist eine, oder besser unsere attraktive Stadt, die es gilt, für unsere Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln. Wir haben einen politischen Handlungsauftrag, dem wir gerecht werden müssen. Deshalb benötigen wir politische Visionen und Taten, aber keine Fiktion!

Vielen Dank für Ihre Geduld und den Zuhörern für ihre Aufmerksamkeit und der Presse für eine objektive Berichterstattung!

Anlage 4

**Rede des Vorsitzenden der dUH-Fraktion im Rat der Stadt Hilden,
Werner Horzella, anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes 2008
in der Sitzung des Rates am 05. März 2008
Freigegeben am 05.03.2008 ab 17.00 Uhr
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Der heute zu verabschiedende Haushalt 2008 ist eine Fortschreibung des Haushaltes 2007 mit ergänzendem Zahlenmaterial und weiteren Kennzahlen. Er lebt auf dem hohen Niveau der Vorjahre und lässt keinerlei Anstrengungen zu Einsparungen erkennen. Alle heute im Haushalt ausgewiesenen "Wohltaten" werden ohne radikale Kursänderungen einmal diejenigen bezahlen müssen, die heute durch die Haushaltsausgaben scheinbar gefördert werden, die nachfolgenden Generationen.

Vorliegen haben wir jetzt auch die überfällige Eröffnungsbilanz mit Stichtag 1. Januar 2007, die eben vom Rat bestätigt wurde. Gestatten Sie mir darum einige wenige, wenn auch unvollständige Anmerkungen zur Eröffnungsbilanz:

Die Stadt Hilden hat ein Vermögen von fast 1/2 Milliarde €, wovon die Eigenkapitalquote mit rund 290 Mill. € vorbildlich ist. Wir sind nicht sonderlich reich, aber für eine Gemeinde unserer Größenordnung gut aufgestellt, jedoch mit verbleibenden Risiken, die sich hinter der hohen Anlagenintensität von 98,5 % verbergen. Wir haben nur geringe finanzielle Anpassungsfähigkeiten und sehr hohe Abschreibungen. Unsere Infrastrukturquote von 36,7 %, ist zwar sehr verträglich, hilft uns aber nicht sonderlich weiter, weil wir Infrastrukturvermögen nicht einfach verkaufen können. Unsere Eigenkapitalquote II mit 78,7 % sollte höher sein, um uns noch weniger abhängig von externen Kapitalgebern zu machen.

Meine Damen und Herren, in der Eröffnungsbilanz sind auf der Passivseite die Pensions- und Beihilferückstellungen mit rund 50 Mill. € ausgewiesen. Trotz der Berichtigungen nach der ersten Aufstellung von mehr als 10 Mill. € nach oben, ist diese Zahl mangels aussagefähiger Testate aber immer noch nicht belastbar. Nachbesserungen in den Folgejahren sind weiter erforderlich, die wir nicht aus den Augen verlieren werden.

Insgesamt ist die Eröffnungsbilanz aber sorgfältig aufgestellt, was auch durch das Gemeindeprüfungsamt ausdrücklich bestätigt wurde. Ich nutze die Gelegenheit, Herr Bürgermeister, um mich ausdrücklich bei allen beteiligten Beschäftigten für die gute geleistete Arbeit zu bedanken. Dies gilt auch für die Zuarbeit während der Haushaltsberatungen, besonders durch den neuen Kämmerer, Herrn Klausgrete, von dem meiner Fraktion alle angeforderten Informationen kurzfristig und ausführlich zugehen.

Womit ich dann beim heute zu verabschiedenden Haushalt 2008 angelangt bin.

Meine Damen und Herren:

Bei der Einbringung des Haushaltes 2008 hatte Herr Thiele erneut mahnende Worte über die hohen sog. "Hildener Standards" gefunden. Er hat aufgezeigt, dass wir zur Erledigung der Aufgabenstellungen den Haushalt der Stadt strukturell nicht ausgeglichen haben und die Ausgleichsrücklage in Höhe von 1,27 Mill. € in Anspruch nehmen und zur Finanzierung von Begehrlichkeiten neue Schulden in Höhe von 2,8 Mill. € aufnehmen müssen.

Als wären diese Worte nie gefallen, haben CDU und SPD und in nicht kleinem Umfang auch die GRÜNEN Haushaltsausgabeanträge gestellt, bzw. keinerlei Einsparmöglichkeiten aufgezeigt. Entgegen des Entwurfes ist nun ein strukturelles Loch von fast 1,5 Mill. € im Haushalt und Kredite in Höhe von über drei Mill. € erforderlich.

Dass die beiden letztgenannten Zahlen nicht noch schlechter ausfallen ist nicht politischem Geschick, sondern reinem Glück oder dem Zufall zu verdanken. Nach der Haushaltseinbringung sind unerwartete Mehreinnahmen von mehr als einer Mill. € zu verzeichnen, die sich aus 600 T € Landeszuweisung für den Umbau "Kreisel" Hof-/Neustraße, 200 T € Rückerstattung Solidaritätsbeitrag und einem gelungenen Verkauf einer städtischen Immobilie zusammensetzen.

Meine Damen und Herren, wir hatten in den vergangenen Jahren sehr hohe Einnahmen, gerade bei der Gewerbesteuer.

Während andere Städte Ihre hohen Steuereinnahmen aber genutzt haben um erheblich Schulden abzubauen, haben SPD und CDU es mit ihrer Politik geschafft, das eingehende Geld wie Sand zwischen den Fingern zerrinnen zu lassen. Am Ende des Jahres werden wir, sofern wirklich alle erwarteten Erträge eintreffen, eine Verschuldung von mehr als 26 Mill. € haben und 2011 gemäß Finanzplan eine historische Höchstmarke für Schulden in Höhe von mindestens 32 Mill. € erreichen.

Die IHK rügt dieses Verhalten als einen Verstoß gegen das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit. Übersetzt heißt das, meine Damen und Herren von CDU und SPD, dass es Ihnen egal ist, wer die heute anfallenden Aufwendungen tatsächlich und wann bezahlt.

Für diesen Haushalt war es diesmal nicht ausschlaggebend zu entscheiden, ob die eingebrachten Haushaltsansätze erforderlich sind, sondern einzig und allein, wie sie zu bezahlen sind und trotzdem ein Weg zur Haushaltskonsolidierung gefunden wird.

Wir UNABHÄNGIGEN halten den Mensabau und die Renovierung des Helmholtz Gymnasiums für dringend erforderlich. Wir unterstützen in wesentlichen Teilen die Erfordernisse in und an unseren Schulen, in Kindergärten und hier für Kinder unter drei Jahren, die Sport- und Jugendförderung, die erforderlichen Erneuerungen oder Sanierungen von Straßen, Wegen, Plätzen und Kanälen. Wir sind aber gegen die Renovierung der alten Fabricius-Sporthalle für über 2 Mill. €, weil ein über 50 Jahre alter Bau nur unübersehbare und kostspielige Überraschungen bringen kann. Der Gedanke aus "Alt mach Neu" ist falsch, weil schon die Hallenmaße nicht mehr modernen Anforderungen entsprechen. Wir sind für einen Neubau einer entsprechenden modernen Sporthalle an anderer Stelle. Darauf komme ich später nochmals zurück. Alles zusammen geht aber nicht auf einmal und sofort!

Schritt für Schritt müssen die eben genannten Aufgaben in einem ordentlichen Zeitrahmen, aber ohne zusätzliche Schulden umgesetzt und bei laufenden immer noch sehr hohen Steuererträgen weiterer Schuldenabbau betrieben werden.

Um das zu schaffen, wollen wir die städtische Wohnungsbaugesellschaft verkaufen. Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ist weder aufgaben- noch zeitgerecht und macht dem örtlichen Wohnungsmarkt Konkurrenz und ist darum kontraproduktiv.

Nachdem eine Mehrheit von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP das "Aus" für die Albert-Schweitzer Hauptschule unumkehrbar beschlossen hat, wollen wir das gesamte Gelände, einschließlich der Fläche auf der die Fabricius Sporthalle steht, vermarkten. Die Erlöse hieraus und aus dem Verkauf der WGH, sollen nicht verplempert werden, sondern in den Neubau einer modernen Dreifachsporthalle mit 300 bis 400 Zuschauerplätzen sowie für den Mensabau und die Renovierung des HGH investiert werden.

Meine Damen und Herren, das Ziel der UNABHÄNGIGEN ist es, "Neuschulden" zu vermeiden und "Altschulden" abzubauen. Auf Dauer müssen wir den "Konzern" Stadt mit dem Geld lenken, das jährlich auf der Ertragsseite eingeht. Wir müssen Puffer für Krisenzeiten schaffen. Der Griff in die Ausgleichsrücklage, also der Vermögensverzehr, macht uns sehr schnell "Pleite" wenn Unwägbarkeiten oder Einnahmeausfälle eintreten und ratzfatzt sind wir in einem Haushaltssicherungskonzept.

Diese Erkenntnisse sind aber bei SPD und CDU offensichtlich nicht oder noch nicht angekommen. Wie anders wäre es zu erklären, dass Sie auch dieses Jahr alle unsere Haushaltsdeckungs- und Sparvorschläge abgelehnt haben. Dieses Verhalten ist umso erstaunlicher, weil der SPD selbst nur ein einziger, haushaltsrelevanter Antrag eingefallen ist. Die CDU war zwar in der Antragsstellung etwas fleißiger als die SPD, hat aber in der Haushaltsauswirkung nichts erreicht, weil HV 6 Vermerke noch nicht zu direkten Einsparungen führen.

Meine Damen und Herren, SPD und CDU haben während der Beratungen niemandem erklärt, warum Sie für den Zeitraum 2008 bis 2011 allein Zinsen in Höhe von planmäßig 6,11 Mill. € an Kreditinstitute zahlen wollen, anstatt die Liquidität der Stadt deutlich zu steigern. Sie haben noch keinem verraten, warum Sie lieber Zinsen zahlen und um in Bildern zu sprechen, jährlich eine Zweifeld-Sporthalle verschenken. Sie haben noch keinem verraten warum Sie lieber Zinsen zahlen und nicht besser den gesamten Zuschussbedarf für die Musikschule von rund 1 Mill. € und die Seniorenarbeit von 230 T € abdecken. An die GRÜNEN gerichtet sage ich, dass Sie mit den hier in Rede stehenden Zinsen nicht nur das Schokoticket an Kinder von Arbeitslosengeld II Empfängern zahlen könnten, sondern für alle Kinder, die ein Schokoticket beanspruchen. Zusätzlich wäre noch genügend Geld für weitere Wohltaten da. Wenn Ihnen die Beispiele nicht gefallen, dann verrechnen Sie die zu zahlenden Zinsen mit den Zuschussbeträgen für die Integration mit 150 T € und den Zuschussbedarf der Stadtbücherei in Höhe von 1 Mill. €. Sie könnten aber auch bequem auf die Elternbeiträge für die Förderung von Kindern von 0 - 6 Jahren in Höhe von 1,4 Mill. € verzichten, wenn, ja wenn Sie endlich einsehen würden, dass es für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt besser wäre, wenn Sie alle Anstrengungen unternehmen, um von den Schulden und den damit verbundenen Zinslasten der Stadt runter zu kommen.

Meine Damen und Herren von SPD und CDU darüber lohnt es sich wirklich nachzudenken. Es lohnt sich auch, sich von ineffizienten Sachwerten zu trennen um wieder "Leben in die Bude zu bringen" oder anständig ausgesprochen, Handlungsspielräume zu erhalten. Es sind aber nicht nur die Zinsen die uns Sorgen bereiten. Überraschungen drohen uns auch noch mit der nicht endenden Geschichte des Finanzjongleurs Koch, wo noch 2 Mill. € in der Schwebe sind. Aber es drücken auch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf die Kommunen, die am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage sind Mindereinnahmen bei der Stadt Hilden nicht ausgeschlossen. Und wer es noch nicht gemerkt hat, draußen probt Verdi den Aufstand und nach einer hoffentlich schnellen Tarifeinigung, wird wohl für Gehaltssteigerungen eine 5 vor dem Komma stehen und das mit einer Laufzeit von 12 oder 13 Monaten. Dann fehlt uns nochmals rund 1 Mill. € in der Stadtkasse.

Meine Damen und Herren, um heute und zukünftig strukturell ausgeglichene Haushalte zu erreichen, haben wir, die UNABHÄNGIGEN, zusammen mit der FDP und der BA, den Fraktionen von SPD und CDU getrennte Gespräche angeboten. Falls haushaltstechnische, schmerzliche Einschnitte erforderlich würden, sind wir überzeugt, dass wir das den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt erklären könnten, ohne uns auf politischer Ebene gegenseitig anzufeinden oder unter die Gürtellinie zu schlagen.

Von der SPD haben wir eine Rückantwort erhalten, gelegentlich der letzten Ratssitzung doch mal gemeinsam den Terminkalender zu zücken. Das war's. Der CDU haben wir als UNABHÄNGIGE 12 Gesprächstermine angeboten. Wir waren auch an 3 Samstagen und 3 Sonntagen zu Gesprächen bereit. Die CDU hatte an keinem Termin Zeit und hat uns auf den Haushalt 2009 vertröstet. Frau Urban, meine Damen und Herren der CDU, wer bei 12 Terminen, mit einer großzügigen Zeitspanne, keine Zeit findet, der will nicht! Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen, müssen daraus aber unsere Schlüsse ziehen. Wundern Sie sich aber nicht, wenn wir zur Durchsetzung Ihrer Vorstellungen anders reagieren, als von Ihnen erhofft.

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN und die BA wollen den beabsichtigten Teilverkauf der Stadtwerke zu einem beherrschenden Thema in Hilden machen, was zur Verunsicherung der Bevölkerung beitragen könnte. Wir aber sind überzeugt, dass die Mehrheit der Hildener Haushalte auch weiterhin treue Kunden ihrer Stadtwerke bleiben und Strom, Gas und Wasser zu vertretbaren Preisen und gutem Service beziehen wollen. Die gleiche Mehrheit will aber auch die Vorteile von Waldbad und Freizeitbad Hildorado, der Verkehrsgesellschaft und der Grundstücksgesellschaft nutzen. Darum brauchen wir bei den Stadtwerken die Unterstützung eines strategischen Partners, wie ihn bereits 60 % aller in Deutschland arbeitenden Stadtwerke haben. Unseres Erachtens ist die Entscheidung jetzt in ein Bieterverfahren einzusteigen richtig. Ich nutze die Gelegenheit, unsere Bürgerinnen und Bürger zu bitten, andere Argumentationen aufgeschlossen aber kritisch zu begleiten und auf populistische Argumentationen nicht herein zu fallen.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen: Die Haushaltsbeschlüsse zum Haushalt 2008 die in Mehrheit mit Zustimmung von SPD und CDU gefasst wurden, treiben die Verschuldung der Stadt weiter voran und belasten zunehmend auch zukünftige Generationen. Der Haushalt 2008 ist trotz steigender Ertragssituation kein Haushalt der Konsolidierung.

Darum lehnen die UNABHÄNGIGEN den Haushalt 2008 mit all seinen Anlagen ab.

Mit den Worten des derzeitigen US-Präsidentschaftskandidaten Barack Obama, "unsere Zukunft wird nicht für uns, sondern von uns geschrieben" danke ich Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

Haushaltsrede FDP-Fraktion zum Haushalt 2008

Fraktionsvorsitzender Rudolf Joseph
05. März 2008

Schuldenfreie Stadt!

Handlungsweise mit dem Zeitgeist in Einklang bringen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

wir verabschieden heute den Haushaltsplan 2008 nach einer komprimierten Haushaltsplanberatung.

Wir sagen herzlichen Dank an den Kämmerer Herrn Klausgrete sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanz-Service für ihre Arbeit in diesem Jahr, insbesondere Herrn Klausgrete für die offene und konstruktive Beratung im Rahmen unserer Fraktions-sitzung.

Auch im vergangenen Jahr wurden wieder einige Schulungen zum NKF durchgeführt. Diese waren für die Beratungen hilfreich. Herzlichen Dank.

Der Stadt Hilden geht es finanziell vergleichsweise gut. Der städtische Haushalt profitiert bei den unerwartend hohen Steuereinnahmen. Wir verfügen über round about 90 Millionen Gesamtsteuereinnahmen.

Die Stadt Hilden weist in diesem Jahr 153,5 Millionen Euro Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in Höhe von 154,7 Millionen Euro aus.

Der Haushalt der Stadt Hilden ist deshalb strukturell nicht ausgeglichen.

Stattdessen stellt uns die Verwaltung einen Haushalt vor mit einer geplanten Neuverschuldung von 2,8 Millionen Euro, die bis zum Jahr 2011 auf 7,6 Millionen Euro ansteigt.

Es ist zwingend erforderlich, vorausschauende Finanzpolitik zu betreiben. Das heißt: Notwendige Zukunftsinvestitionen fortführen, aber nicht auf Pump. So weiter machen wie bisher.

Die FDP fordert deshalb:

1. Netto Neuverschuldung null
2. Altschulden abbauen
3. Und die vorhandenen Mittel bedarfsgerecht und zielgerichtet verwenden.

Schuldenabbau

Der Kreis Mettmann und die Stadt Düsseldorf sind es schon. Langenfeld wird es in Kürze sein **s c h u l d e n f r e i**.

Um uns herum schaffen es immer mehr Städte und Kreise aus dem Schuldenturm zu entkommen. Hilden dagegen nimmt sogar neue Schulden auf. Hilden bindet dadurch künftige

Haushaltsmittel in beachtlicher Höhe für Tilgung und Zinsen, die dann woanders für sinnvolle Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen.

In Anbetracht der steigenden Steuereinnahmen von der z. Zt. resultierenden positiven Gesamtkonjunkturlage in Deutschland nutzen viele Kommunen – auch unsere Nachbarn – die Mehreinnahmen um Schulden abzubauen, hierzu gehört Sparwillen, den wir einfordern.

Es muss z.B. möglich sein, bei dem Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm 2008 bis 2011 mit Gesamtkosten von ungefähr 10.2 Millionen Euro, für weniger Geld mehr Leistung zu bekommen. Die Leistung ist zu teuer, auch hier muss die Verwaltung kreativ werden, damit für mehr Leistung weniger Geld ausgegeben wird.

Alle freiwilligen Ausgaben müssen auf den Prüfstand. Wir müssen kritisch hinterfragen, was wir uns vom Hildener Standard eigentlich noch leisten können.

Auch die nichtfreiwilligen Leistungen gehören aus unserer Sicht untersucht.

Schuldenfreie Städte leben nicht nur finanzpolitisch gesünder; sie fördern gleichzeitig die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und sind als Standort für die Wirtschaft mehr „sexy“ als verschuldete oder sogar überschuldete Kommunen.

Die vom RPA geprüfte Jahresrechnung 2006 weist einige Einsparmaßnahmen auf.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, mehr Steuereinnahmen durch Gewerbesteuer und Einkommensteuer **ohne Steuererhöhungen** zu erzielen. Hier gibt es Steigerungspotenzial in unserer Stadt.

Unser Vorschlag wäre: Mehransiedlung von klein- und mittelständischen Unternehmen, ein sogenannter Kleingewerbe-Park, wie wir ihn an der Agnes-Pockels-Straße erfolgreich angesiedelt haben und wie zur Zeit die Vermarktung am Güterbahnhof läuft.

Als weiteres Gewerbegebiet bietet sich an der Hofstraße hinter dem Unternehmen Julius Montz Richtung Karnaper Straße zur Eisenbahn der Bebauungsplan Nr. 139 an.

Kleingewerbe ist gut und schnell zu vermarkten und so können wir kurzfristig Arbeitsplätze schaffen, höhere Steuereinnahmen regenerieren und diese nutzen um Schulden abzubauen.

Man kann der FDP-Fraktion vorwerfen, sie hätte zur Haushaltsplanberatung keine Sparvorschläge gemacht.

In den vergangenen Jahren gab es eine Vielzahl von Sparvorschlägen der FDP-Fraktion. Alle ernsthaften Versuche Gespräche mit CDU und SPD über Einsparmaßnahmen im Haushaltsjahr 2008 zu führen, sind bezüglich Terminfindung gescheitert, gleichwohl die FDP-Fraktion, die BA und die dUH bereit waren, sogar samstags oder sonntags einen Gesprächstermin zu finden. SPD und CDU verfolgen lieber den Weg in eine höhere Verschuldung.

Es fehlte jedoch die Ernsthaftigkeit im Stadtrat, diesen Ideen zu folgen. Deshalb haben wir entgegen der CDU, SPD und den Grünen in diesem Jahr keine Anträge gestellt, bei denen nur finanziell drauf gesattelt wird.

Wir fordern den Bürgermeister und die Verwaltung auf, einen Haushalt mit einem deutlichen Schuldenabbau vorzulegen.

Der Rat ist aufgefordert Grenzen der Verschuldung und des jährlichen Schuldenabbaus vorzugeben.

Es gibt für uns nur einen Grundsatz in der Haushaltspolitik „Verlässlichkeit vor Beliebigkeit“.

Stadtentwicklung kommt voran

Den geplanten Neubau des Sparkassengebäudes sowie die Umgestaltung des Reichshofsgebäudes und die geplante Neubebauung wirken im ersten Augenschein als schlüssiges Konzept, wir werden diese Bauvorhaben aber kritisch begleiten.

Wohnraum in der Innenstadt schaffen.

Die versäumte Ansiedlung von Wohnraum in der Innenstadt bedauern wir und bezeichnen sie als gravierende Fehlentscheidung. Die beschlossene Veränderung des Kronengartens betrachten wir als Fehlentwicklung. Der Kronengarten wäre aus unserer Sicht gerade zu geeignet für die Schaffung von Wohnraum in der Innenstadt.

Wir sehen eine große Gefahr für den Hildener Einzelhandel, angefangen von der Fehlplanung des C & A Gebäudes am Kronengarten und für den Warringtonplatz.

Setzen wir einmal voraus, Peek & Cloppenburg zieht in das neue Sparkassen-Gebäude, dann ist der Warringtonplatz und der Axlerhof vom fußläufigen Einkaufsstrom abgehängt. Es ist dringend erforderlich gegenzusteuern, um den Einzelhandel in dem Bereich zu stützen. Der Einzelhandel ist zu stärken. Der Warringtonplatz darf nicht zur 1C-Lage absinken.

Wirtschaftsförderung intensiver betreiben.

Bestandspflege sowie Neu-Akquise von Gewerbetreibenden.

Unter Bestandspflege verstehen wir, dass Wachstumsabsichten eines etablierten Hildener Unternehmens, mit erheblicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Hilden, nicht durch bürokratische Regelungen ausgebremst werden.

Nutzungsbeschränkungen für Gewerbeansiedlung dürfen nicht Selbstzweck sein, sondern müssen im Interesse des Hildener Gewerbes die für den Einzelfall notwendige Flexibilität aufweisen.

Das gleiche gilt für die Sperrung der Weststraße. 90 Gewerbetreibende der Siemensstraße werden durch diesen Ratsbeschluss gehandicapt.

Auch hier fehlen die Impulse der Wirtschaftsförderung Sondierungsgespräche zu führen, um eine Mehrheit für eine bessere Mobilität unserer Stadt im Rat und in den Ausschüssen dafür zu gewinnen.

Zur CO-Pipeline

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ganz deutlich die Haltung der Hildener FDP-Ratsfraktion kundtun. Wir wollen die von der Bayer AG geplante und schon zum Teil gebaute CO-Pipeline in Hilden nicht. Erst recht soll sie nicht betrieben werden. Lassen Sie uns gemeinsam die Inbetriebnahme verhindern.

Herr Holger Ellerbrock, unser Freund im Landtag und mein persönlicher Freund, kann da noch so viele Briefe und Darstellungen rumschicken, auch hier an die Kolleginnen im Rat und an unseren Bürgermeister. Es wird an unserer Haltung, der Freien Demokraten in Hilden, nichts ändern.

Hier geht es auch nicht um den Chemie-Standort Nordrhein-Westfalen. Hier geht es ganz klar um die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Beteiligungen an Gesellschaften

Städtische Beteiligungsgesellschaften sind kein Selbstzweck. Dass sich die Stadt als Unternehmer betätigt, sollte nach unserem Staatsverständnis eher die Ausnahme sein: Wo private Unternehmer die Aufgaben ebenso gut oder sogar besser erledigen können, ist steuerfinanzierte öffentliche Konkurrenz wettbewerbsfeindlich.

Beteiligung ist aber nicht gleich Beteiligung. Die FDP unterscheidet sehr wohl, wo ein städtisches Engagement sinnvoll und nützlich ist, oder wo es lediglich darum geht, dass ambitionierte Kommunalvertreter auch mal selbst Manager sein wollen.

Teilverkauf der Stadtwerke an einen strategischen Partner

In Fachkreisen ist es unstrittig, dass in Deutschlands Stadtwerke-Landschaft ein verschärfter Konzentrationsprozess einsetzt. Experten gehen davon aus, dass die Zahl eigenständiger Stadtwerke bis zum Jahr 2013 um bis zu 20 % sinken wird.

Die Bundesnetzagentur reduzierte die beantragten Nutzungsentgelte für Stromdurchleitungen im Schnitt um ein Zehntel – **Geld, das jetzt fehlt.**

Immer mehr Bundesbürger wechseln den Stromanbieter – allein im ersten Halbjahr 2007 waren das rund 520.000. Im gesamten Jahr 2006 nur knapp 680.000.

Auf der Kostenseite sind ständig steigende Bezugs- und Einkaufskosten zu verzeichnen.

Ab 2009 müssen sich die Netzbetreiber infolge der neuen Anreizregulierungsverordnung mit den günstigsten Betreibern messen lassen und dann zu deren Konditionen anbieten.

Vorausschauende und verantwortungsbewusste Kommunalpolitik muss sich diesen veränderten Marktbedingungen stellen und frühzeitig eine langfristige Sicherung der eigenen Stadtwerke auf den Weg bringen.

Genau dies unterstützt die FDP in Hilden.

Lieber mit einem passenden Partner zukunftsfest aufstellen, als einsam und allein in ein paar Jahren, durch stagnierende Zahlen und Ergebnisse in der Bilanz Kündigungen aussprechen zu müssen.

Privatisierung des Abwasserkanalnetzes.

Die FDP fordert eine Privatisierung.

Die in der Diskussion stehende Maßnahme, das Hildener Kanalnetz zu privatisieren muss im Auge behalten werden und wir fordern eine baldige Entscheidung zu finden.

Zum Schluss möchte ich eine Aussage zitieren, die der Kämmerer Herr Klausgrete im Rahmen unserer Haushaltsplanberatung äußerte:

„Es darf bei den Gewerbesteuerereinnahmen nichts passieren“.

Meine Damen und Herren,
sie sehen an dieser Äußerung, auf was für einem dünnen Eis wir uns in Hilden bei der Finanzpolitik bewegen.

Die FDP-Ratsfraktion lehnt einen auf schuldenfinanzierten Haushalt ab.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 6

Rede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2008

am 5. März 2008

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

vor Ort wird als erstes und sehr direkt sichtbar, wie sich Gesellschaft verändert. Unsere Lebensentwürfe unterscheiden sich von denen unserer Eltern oder Großeltern ebenso wie die der Jüngeren von unseren. Die Arbeitswelt hat sich gewandelt: alte Berufe verschwinden, neue Berufsbilder entstehen. Die Anforderungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ändern sich. Kinderbetreuung, Schule, Aus- und Weiterbildung erlangen einen ganz neuen Stellenwert. Gleichzeitig erfordert die demografische Entwicklung Überlegungen zu neuen Lebensformen im Alter. Verschiedene Lebensstile treffen aufeinander, geprägt durch unterschiedliche soziale, ethnische und kulturelle Merkmale. Kurzum: Wir werden weniger, älter, bunter.

Die Kommunalpolitik muss sich diesen Entwicklungen stellen. Wir – Rat und Verwaltung – müssen vorausschauend überlegen, wie unsere Infrastruktur und die öffentlichen Leistungen an den neuen Anforderungen ausgerichtet werden.

Die Frage des Gemeinwohls und der Zukunftsfähigkeit stellt sich uns bei allen Entscheidungen.

Zukunftsfähige kommunale Familienpolitik

Eine zukunftsfähige kommunale Familienpolitik wird von vielen Rahmenbedingungen bestimmt:

Die Lebensentwürfe von jungen Frauen und Männern wollen Erwerbstätigkeit und Elternschaft miteinander verbinden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie ganztägige Betreuungsangebote für Kinder im Kindergarten- und Schulalter notwendig.

Kindern soll ein gesundes Aufwachsen ermöglicht werden. Sie sollen vor Gefährdungen geschützt werden. Familien in besonderen Belastungssituationen soll besondere Aufmerksamkeit zuteil werden und staatliche Hilfe angeboten werden. Die SPD-Fraktion hat vor diesem Hintergrund den Antrag gestellt, einen Sozial- und Armutsbericht für Hilden erstellen zu lassen. Unser Ziel ist es, Eltern und Kinder gezielt zu unterstützen. Kinder müssen nach Bedarf ergänzend und ersetzend zur Familie bestmöglich gefördert werden.

Hilden ist nur dann zukunftsfähig, wenn es uns gelingt, dass junge Menschen und Familien hier wohnen bleiben und neue hinzuziehen. „Familienfreundlichkeit“ als Standortfaktor erfordert mehr als eine umfassende Infrastrukturpolitik im Verkehrs-, Wohnungsbereich, in der Sport-, Kinder- und

Jugendpolitik oder eine familienpolitische Diskussion mit örtlichen Unternehmen um geeignete Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz.

Zu einer zukunftsfähigen Familienpolitik gehört auch ein ganzheitlicher Bildungsbegriff. Eine gute Qualität von Bildung, Erziehung und Betreuung in allen Lebensaltern ist sozialdemokratisches Ziel. Der Verbesserung der Situation von benachteiligten jungen Menschen kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

Die SPD tritt ein für ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem, das Kinder früh fördert, alle ihre Begabungen unterstützt und Schwächen ausgleicht. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen ist für die Bildungschancen bereits der Lebensabschnitt vor dem sechsten Lebensjahr entscheidend. Studien zeigen, dass Kinder von einem frühen Besuch in Kindertageseinrichtungen für ihre Bildungsbiografie profitieren.

Zugleich weisen alle relevanten Studien darauf hin, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien geringere Bildungs- und entsprechend schlechtere Zukunftschancen haben. Bereits in den Jahren vor dem Schuleintritt werden künftige Bildungschancen und spätere Arbeitsmarkterfolge geprägt. Ein möglichst umfassender Zugang zu frühkindlicher Bildung wird dadurch zu einem herausragenden Element sozialer Gerechtigkeit.

Festzuhalten ist: Investitionen in Bildung und Betreuung sind gut angelegtes Geld.

- Deshalb möchten wir, dass auch der Besuch der Bildungseinrichtung Kindertagesstätte für die Eltern gebührenfrei wird. Wir haben daher beantragt, dass beginnend mit dem letzten KiTA-Jahr schrittweise die gesamte Betreuungszeit vor dem Eintritt in die Grundschule beitragsfrei gestellt wird. Unser Antrag fand leider keine Mehrheit.
- Deshalb werden wir für den Bau der Mensa am Helmholtz-Gymnasium Geld bereitstellen. Die Kommune übernimmt hier eine Aufgabe des Landes: Das Land schafft faktisch einen Ganztagsbetrieb an der Schule ohne die Voraussetzungen für einen funktionierenden Schulbetrieb herzustellen.
Uns ist es in diesem Fall aber wichtig, den Schülerinnen und Schüler eine gute Versorgung zu gewährleisten, um optimales Lernen zu ermöglichen.
- Deswegen führen wir das Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm weiter fort. Wegen dieser kontinuierlichen Investitionen haben wir in Hilden keinen Sanierungsstau an diesen Gebäuden. Die Maßnahmen dienen der Nutzungsverbesserung und der energetischen Effizienzsteigerung.

Zukunftsfähige Stadtentwicklung

Zur nachhaltigen Stadtentwicklung gehört die kommunale Klimapolitik. Die Stadt Hilden engagiert sich seit vielen Jahren für den Klimaschutz.

Hilden ist eine Stadt der kurzen Wege. Wir fördern den ÖPNV und den Fahrradverkehr. Dies erleichtert es den Bürgerinnen und Bürgern, auf das Auto zu verzichten. Wir haben sehr früh ein Förderprogramm für Solaranlagen beschlossen, Kraft-Wärme-Kopplung und Brennwertechniken gefördert.

Weil Klimaschutz eine fortlaufende Aufgabe ist, hat sich im letzten Jahr eine komplette Sitzung des StEA nur mit diesem Thema beschäftigt. Der Schwerpunkt lag hier besonders bei den Energiesparmaßnahmen an Gebäuden. Die ersten Umsetzungen finden sich in diesem Haushalt, insbesondere ist hier die Renovierung des Helmholtz-Gymnasiums zu nennen.

Hierfür stellen wir Geld bereit, teilweise auch aus Krediten. Dies wird nicht nur die Umwelt schützen, langfristig wird die Stadt durch die Einsparung von Energie auch Geld sparen. Das, was wir heute nicht investieren, wird in den nächsten Jahren als Mehrkosten zu Buche schlagen.

Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet auch, dass unsere Stadt ein attraktives Zentrum bietet: eine Innenstadt, die zum Verweilen und Einkaufen einlädt und den Menschen Wohnungen und Arbeitsplätze bietet. Im Wettbewerb mit den umliegenden Städten muss die Attraktivität unserer Innenstadt stetig verbessert werden.

Eine erfolgreiche Innenstadt zeichnet sich vor allem durch die optische und bauliche Gestaltung der Fußgängerbereiche, geschäftsnahe Parkmöglichkeiten sowie Angebote von Gastronomie, Einzelhandel und Wohnen aus.

Aus diesem Grund will die SPD-Fraktion das City- und Lichtkonzept möglichst schnell realisieren.

Der Axlerhof bekommt auf unseren Antrag hin eine neue Pflasterung.

Durch die Realisierung der derzeitigen Planungen wird das Bild der Innenstadt aufgewertet – zu nennen sind hier Sparkasse, Reichshof, die Neugestaltung des Wiederhold-Platzes und des Kreuzungsbereichs Axlerhof/Schulstraße sowie die Einbeziehung der Itter ins Stadtbild. Diese Entwicklungen unterstützen wir ganz ausdrücklich.

Der Bahnhof – für den übrigens einige hier bereit waren, Spekulanten zu stützen und blind Geld hinauszuerwerfen – wird nun ein Schmuckstück. Die im Haushalt eingestellten Mittel für den Bahnhofsvorplatz werden wir mittragen, weil die Umfeldgestaltung ein Teil des Gesamtkonzeptes ist.

Städtische Unternehmen

Zusammen mit dem Beschluss zum Haushalt wird auch immer über die städtischen Unternehmen entschieden – der Beteiligungsbericht ist Anlage des Haushaltsplans. Er bietet uns ein transparentes Beteiligungsmanagement, das wir für unsere Entscheidungen brauchen.

Wir müssen für die städtischen Unternehmen immer wieder prüfen, ob ihre Perspektiven zukunftsfähig sind. Die Politik hat eine hohe Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für das städtische Vermögen.

Die Ausgliederung von Verwaltungsbereichen in rechtliche selbstständige Unternehmen hat in Hilden eine über dreißigjährige Tradition und hat sich als Erfolgsgeschichte erwiesen. Die Unternehmen bewähren sich – von bürokratischen Fesseln entlastet – erfolgreich im Wettbewerb, ohne dabei den öffentlichen Auftrag zu vernachlässigen, oder erfüllen wichtige Aufgaben in Bereichen, in denen private Anbieter nicht zu finden sind. Als Beispiel hierfür nenne ich die Jugendwerkstatt. So sichert zum Beispiel die städtische Wohnungsbaugesellschaft WGH Menschen mit geringem Einkommen guten Wohnraum zu bezahlbaren Mieten. Deshalb lehnen wir einen Verkauf der WGH ab.

Hilden wäre ohne Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung mit Hilfe der GKA undenkbar. Nicht verzichten können und wollen wir auch auf die „Seniordienste“ mit den Heimen am Eriakweg und der Hummelsterstraße. Deren Absicht, weitere „Betreute Wohnungen“ zu bauen, stimmen wir ausdrücklich zu, weil bereits heute mehr als 60 Personen auf der Warteliste stehen.

Die Stadtwerke Hilden versorgen die Bevölkerung mit günstiger Energie, betreiben die Schwimmbäder Hildorado und Waldschwimmbad und sparen damit dem städtischen Haushalt viel Geld. Das gilt auch für die Stadtwerke-Töchter „Verkehrsgesellschaft“ mit der Ortsbuslinie O3 und die „Grundstücksgesellschaft“ mit dem Weiterbildungszentrum und dem Bahnhof.

Eines der wichtigsten Themen in der Hildener Politik ist die Zukunftssicherung der Stadtwerke. Im Moment verschärfen global agierende Energieversorger den Verdrängungswettbewerb massiv. Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben und erhebliche Restriktionen der Bundesnetzagentur, die es erschweren, den Konkurrenzkampf zu bestehen. Besonders für lokale Energieversorger wie die Stadtwerke Hilden wird es daher immer schwerer, günstige Preise sowie eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.

Aus diesem Grund müssen wir jetzt genau abwägen und entscheiden, wie es in Zukunft mit unseren Stadtwerken weitergeht. Sonst verpassen wir den Anschluss an den Energiemarkt der Zukunft.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir nur durch die Kooperation mit einem starken Partner die Zukunft der Stadtwerke Hilden sichern können und verhindern, dass wir als lokal agierender Energieversorger vollständig der Willkür eines global gesteuerten Marktes ausgesetzt sind. Diesem Schritt geht eine intensive Abwägung aller Möglichkeiten und Alternativen voraus. Ein eigens in Auftrag gegebenes Experten-Gutachten zeigt deutlich: Die Integration eines solchen strategischen Partners durch den Verkauf von 49,9 % der Unternehmensanteile sichert die Zukunft und die Schlagkraft des Unternehmens optimal für unsere Kunden und die Stadt.

Wir gehen daher diesen Weg in die Zukunft selbstbewusst und haben uns für die beste Option entschieden. Nur unsere Stadtwerke unter kommunaler Führung – gemeinsam mit einem starken Partner – gewährleisten nachhaltig und ideal die Zukunft des Energiestandortes Hilden und die damit verbundenen Arbeitsplätze!

Der Verkaufserlös wird übrigens nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Vielmehr soll er zins- und ertragreich in einer städtischen Gesellschaft angelegt werden. So wird er langfristig gesichert und kann der Stadt und seinen Bürgern vollständig und bestmöglich zu Gute kommen.

Finanzen

Die Haushaltsrede ist für die Fraktionen vor allem deswegen Anlass, zu den Grundsätzen ihrer Politik Stellung zu nehmen, weil durch die Bereitstellung oder auch Nicht-Bereitstellung von Mitteln im Haushalt diese Grundsätze zu konkreten Aktionen werden können. Wir ermöglichen mit diesem Haushalt eine Reihe von Maßnahmen – auch wenn dadurch zusätzliche Kredite aufgenommen werden sollen.

Der Kreditaufnahme gegenüber steht auch immer die Diskussion um die Entschuldung. Es wird suggeriert, dass eine Stadt mit weniger Schulden bessere Politik mache als eine mit mehr Schulden im Haushalt. Die Diskussion um die „schuldenfreie Stadt“ erinnert an den Tanz um das goldene Kalb.

Dabei sagt die Höhe der Schulden wenig über den Reichtum und die Finanzkraft einer Kommune aus; über die Risiken der Verschuldung für die städtischen Finanzen und erst recht über die Sicherstellung einer zukunftsfähigen Entwicklung durch Investitionen sagt sie gar nichts aus. Eine Stadt, die zur Tilgung der Schulden ihr Vermögen verkauft hat, ist ärmer als eine Stadt mit Schulden, deren Vermögenswerte die Schulden übersteigen.

Auch hier müssen wir uns immer die Frage nach der Nachhaltigkeit unserer Entscheidungen stellen:

So sind Verkäufe grundsätzlich nur dann finanziell sinnvoll, wenn sich die Ergebnisrechnung dauerhaft verbessert, d.h. die ersparten Zinsaufwendungen höher sind als die bisherigen Erträge des Vermögens.

Wir müssen uns fragen, ob wir durch den Verkauf des städtischen Vermögens Handlungsmöglichkeiten verlieren, die wir besser behalten sollten.

Gefragt werden muss aber auch: Verbrauchen wir das städtische Vermögen zur Finanzierung laufender Ausgaben? In welchem Umfang bedrohen die Schulden die kommunale Handlungsfähigkeit?

Eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit ist für die Stadt Hilden nicht zu erkennen.

Die Eröffnungsbilanz, die zur Einführung von NKF erstellt wurde, weist bei einer Gesamtsumme von ca. 500 Millionen Euro ein Eigenkapital von ca. 290 Millionen Euro und eigenkapitalähnliche Positionen von 102 Millionen Euro aus. Die Finanzierung des gesamten Vermögens der Stadt über Kreditaufnahme erfolgt mit einem Betrag von 26 Millionen Euro, das sind nur 5,3 Prozent. Jeder Wirtschaftsbetrieb und jeder Häuslebauer wäre glücklich über 20 Prozent Eigenkapital bei einer Finanzierung – die Stadt Hilden hat dagegen fast 95 Prozent.

Für 2008 ist eine Nettokreditaufnahme von ca. 1,6 Millionen Euro vorgesehen, die aber ausschließlich für die Finanzierung von Investitionen von 9 Millionen gebraucht wird.

Die weiteren Investitionen im Haushalt versteht die SPD-Fraktion als eine Investition in die Zukunft. Zu nennen sind hier: die Sanierung und der Ausbau der Feuerwehr, die bereits erwähnte Sanierung des Helmholtz-Gymnasiums (einschließlich der Mensa), die Ausstattung des Sportplatzes Kalstert mit Kunstrasen oder die Sanierung der Fabricius-Sporthalle, die zunächst zurückgestellt wurde.

Der „laufende“ Betrieb der Stadt wird nicht mit Krediten finanziert. Allerdings muss die Ausgleichsrücklage mit 1,45 Millionen Euro in Anspruch genommen werden, eine Summe, die die Handlungs-

fähigkeit der Stadt auch in der Zukunft nicht beeinträchtigt. Und schon ab dem nächsten Jahr wird es wieder eine Zuführung zur Ausgleichsrücklage geben.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Haushalt befinden wir uns im zweiten NKF-Jahr. Die angekündigte Weiterentwicklung zeigt sich immer deutlicher. So wurde die Interne Leistungsverrechnung im vergangenen Jahr präziser, die Ergebnisse der Produkte genauer. Das gilt auch für die Zuordnung von Beihilfen, erforderlichen Pensionsrückstellungen und pauschalen Zuschüssen.

Für die enorme Arbeit möchte ich der Verwaltung unseren Dank aussprechen. Ich danke Herrn Kämmerer Klausgrete sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Finanzservice, die an der Aufstellung des Haushalts 2008 beteiligt waren, herzlich für das Geleistete. Ihre Arbeit hat es uns möglich gemacht, diesen Haushalt zu beraten.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2008 zustimmen, weil er die richtigen Weichen stellt für eine zukunftsfähige Kommune.